

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. für Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erhöhter Preis für Ausland und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingstraße 14. A. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gehaltene Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 50 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102.

Dresden, Freitag den 6. Mai 1910.

21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Parteienossen!

Im Baugewerbe ist ein großer Kampf ausgebrochen. Unternehmer verlangen von den Arbeiterorganisationen Anerkennung eines Arbeitsvertragsmusters, das künftig Einfluss auf den Arbeitsvertrag unmöglich machen soll. Seit Mitte April sind die organisierten Arbeiter der Bau- ausgesperrt, weil sie die Annahme dieses Vertrages nicht haben. Es handelt sich also um einen Kampf für Grundrechte aller Arbeiter.

Bei Rücksicht auf den großen Umfang und die Schwere dieses Kampfes hat die Generalkommission der Gewerkschaften Durchführung eines Beschlusses des außerordentlichen Gesamtkongresses die organisierten Arbeiter zu tatkräftiger Führung der ausgesperrten Bauarbeiter aufgefordert. Wir verweisen auf den Aufruf der Generalkommission und bitten die Parteienossen auf, sich nach Kräften an dieser Führung zu beteiligen.

Berlin, den 4. Mai 1910.

Mit Parteigrüß

Der Parteivorstand.

Die Psychologie des Proletariats.

Die psychische Eigenart des modernen Proletariats, das die Summe der Gedanken und Empfindungen, die die Träger der heutigen Zeitbewegung, ist der Gegenstand kürzlich erschienenen sozialpsychologischen Studie. Der Autor hat das geistige und sittliche Wesen des einzelnen Arbeiter von seiner wirtschaftlichen Lage, seiner sozialen Stellung, seiner Erziehung, Bildung, aber auch von den allgemeinen ökonomischen, politischen und sittlichen Zuständen des Landes, ferner auch von der Ueberlieferung und dem Klima her, so auch selbstverständlich die psychische Eigenart der ganzen Klasse. Die proletarische Psychologie ist daher nicht, trotz der bestehenden Gemeinsamkeiten, innerhalb eines Landes und noch weniger in den verschiedenen Ländern und gar die gleiche. Die englischen Proletarier waren zum Beispiel bis vor nicht langer Zeit ganz allgemein politisch liberal und konservativ gesinnt, obwohl die kapitalistische Produktionsweise in England älter und höher entwickelt als in Deutschland ist, die Arbeiter Sozialisten sind. Millionen von Proletariatsmitgliedern der sozialistischen Weltanschauung fern, obwohl sie unter den Verhältnissen arbeiten und leben wie die sozialistischen Arbeiter. Dasselbe trifft für die Religion und andere Erzeugnisse des Geisteslebens zu. Es kann sich also bei einer Erklärung der proletarischen Psychologie im wesentlichen nur um das handeln, die geistige und sittliche Eigenart des Proletariats in den verschiedenen Zeiten, Ländern und Klassen aus den verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und allgemein kulturellen Verhältnissen zu erklären. Das moderne Proletariat gemeinsame typische Züge des geistigen und sittlichen Lebens aufweist, kann es nur dann ankommen, wie auch die Verfasser des vorliegenden Buches sagen, diejenigen Züge herauszuarbeiten, die den verschiedenen Klassen und also führenden Schichten des Proletariats eigentümlich sind. Deren psychische Eigenart ist nicht ja nicht isoliert über der der unentwickelten Masse, sondern hängt mit ihr organisch zusammen. Was in der unteren Schicht ausgeprägter vorhanden ist, wirkt in der oberen Schicht der Klassenangehörigen als eine psychische Kraft, die das konkrete Denken und Empfinden der Arbeiter mehr oder weniger beeinflusst. In dieser Motivierung überhaupt nur von einer psychischen Eigenart des Proletariats gesprochen werden.

Der Proletarier der Frühzeit ist noch zu unwissend, um die tatsächlichen Zusammenhänge zu begreifen. Er trägt sein Leben passiv hin, bis irgendeine von ihm als drückend empfundene Maßnahme des Unternehmers seinen Groll entfacht. Fährt der Unternehmer fort, den Arbeiter ungünstige Maßnahmen zu treffen, entwickelt sich das moderne Proletariat. Eine sozialpsychologische Studie von A. Broda, Paris, und Dr. Jul. Deutsch, Wien. Berlin 1910. Verlag von Georg Reimer. Preis broschiert 5 M. Die wichtigsten einer solchen Arbeit waren sich die Verfasser bemüht, und sie lagen daher auch in der Einleitung. Sie keineswegs glauben, ein auch nur halbwegs vollständiges Bild der psychologischen Eigenart des Proletariats zu zeichnen; sie wollen nur versuchen, die Züge des Proletariats herauszuarbeiten, die besonders kennzeichnend die Arbeiter des Proletariats von der der anderen Klassen abheben. Das aber wird in dem Buche in recht interessanter Weise zur Darstellung gebracht.

allmählich eine Feindschaft gegen die Person des Unternehmers. Und am Unternehmers liegen in dieser Zeit die Arbeiter ihre Blut aus. Attentate auf Vorgesetzte, auch Zerstörung der Maschinen waren an der Tagesordnung, und im Lied der schließlichen Weber kam der Seelenzustand der Arbeiter zum Ausdruck:

Die Herren Zwanziger die Henker sind,
Die Diener ihre Schergen,
Davon ein jeder tapfer schind't,
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!
Ihr höllischen Kujone!
Ihr frecht der Armen Hab und Gut,
Und fluch wir euch zum Lohne!

Ein Gefühl der Verzweiflung nur kommt in diesem Liede zum Ausdruck. Wie ganz anders ist die Denkart und Handlungsweise der modernen Proletarier! Warum dies aber der Fall und wie es dazu gekommen ist, wird in dem vorliegenden Buche in einer Reihe von Kapiteln über die proletarische Frühzeit, das Erwachen des Proletariats, die Entwicklung der Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterbildungsinstitute, über das Klassenbewußtsein, den Sozialismus, den Internationalismus usw. behandelt. Als Anhang ist dem Buche eine Sammlung von Gedichten und Skizzen von Arbeitern und Arbeiterinnen beigegeben, die einen Einblick in die proletarische Psyche gewähren sollen.

Als Anfänge systematischer Arbeit, als Beiträge zur Psychologie des Proletariats — mehr wollten die Verfasser auch nicht bieten — sind die sozialpsychologischen Studien von Broda und Deutsch eine recht interessante und wertvolle Arbeit, die gleichzeitig ein Stück „Kulturgeschichte des Proletariats“ zur Darstellung bringt, indem sie den geistigen und sittlichen Aufstieg des Proletariats verfolgt.

Die englische Vetokomödie.

Ik. London, 4. Mai.

Der Wortlaut der Regierungsvorlage zur Einschränkung des Vetorechts des Oberhauses ist veröffentlicht worden. Die Vorlage läßt das Wesen des Kampfes der liberalen Partei gegen die Lords deutlicher erkennen und ist schon deshalb beachtenswert, weil sie den Mittelpunkt der Redekämpfe der nächsten Monate innerhalb und außerhalb des Parlaments und wahrscheinlich auch des nahe bevorstehenden Wahlkampfes bilden wird.

Die Vorlage selber hat keine Ueberraschungen gebracht. Sie ist dem Sinne nach die vollständige und teilweise sogar die wörtliche Wiedergabe der vom Unterhause bereits angenommenen Vetorevolutionen. Sie will das Vetorecht des Oberhauses in finanziellen Angelegenheiten gänzlich abschaffen; in anderen Angelegenheiten sollen die Lords weitgehende Vetoerweiterungsbefugnisse behalten, aber schließlich soll doch der Wille des Unterhauses entscheidend werden. Und schließlich soll die Maximaldauer eines Parlaments von sieben auf fünf Jahre herabgesetzt werden.

Dagegen läßt die Einleitung zur Vorlage die Kämpfe, die ihr innerhalb des Ministeriums selber vorangegangen sind, mit Deutlichkeit erkennen, und obwohl die Einleitung natürlich keine gesetzgeberische Kraft besitzt, ist sie doch geeignet, Sinn und Wert der ganzen Vorlage erheblich zu beeinflussen. Zunächst kündigt die Einleitung eine bevorstehende Reform der Zusammensetzung des Oberhauses an. An die Stelle des gegenwärtigen auf dem Erblichkeitsgrundsatz beruhenden Oberhauses soll eine zweite Kammer auf vollstimmlicher Basis treten. Dieser Plan ist von der Arbeiterpartei und den radikaleren Elementen der liberalen Partei stets aufs entschiedenste bekämpft worden, weil sie mit Recht befürchteten, daß jede demokratisch gefärbte Reform nur die Folge haben würde, der diskreditierten erblichen Lordskammer neues Prestige zu schaffen. Aber nicht genug damit, die Einleitung der Regierungsvorlage noch eine völlig unerwartete Erklärung: Wenn diese neue zweite Kammer auf Grund einer Parlamentsakte geschaffen sein wird, dann soll die ganze Frage des gegenseitigen Verhältnisses der beiden Häuser des Parlaments sowie ihrer Vetoerweiterungsbefugnisse von neuem aufgerollt und endgültig entschieden werden.

Diese Ankündigungen sind offenbar der Preis, den die Regierung für die Zustimmung der reaktionärer Mitglieder des Kabinetts, namentlich des Kriegsministers Salomons und des Ministers des Inneren Sir Edward Grey, zu der Verfassungspolitik Asquith bezahlen mußte. Aber mit diesen Ankündigungen bezeichnet die Vorlage sich selbst als unwürdige Färbung. Der ganze Verfassungskampf, der das Leben der Regierung fast ständig bedrohte und alle politischen Beziehungen tief erschütterte, reduziert sich demnach auf eine

zeitweilige Maßregel, bis die Politiker der beiden Parteien Zeit gehabt haben, das Verhältnis zwischen den beiden Häusern in aller Gemütlichkeit untereinander auszumachen. Es wird sich bald zeigen, ob es die Zusage dieses „Verfassungskampfes“ war, um derentwillen die Lords dem Budget zustimmten und die Arbeiterpartei mit der Regierung durch die dick und dünn ging.

Es erscheint indes noch sehr fraglich, ob es überhaupt zu einem Kampfe wegen der Vetovorlage kommen wird. Die Gerichte wollen trotz aller Dementis nicht verstummen, daß die konservativen und liberalen Politiker hinter den Kulissen damit beschäftigt sind, ein Kompromiß in der Oberhausfrage zu erreichen. Es sind in dieser Beziehung verschiedene Vorschläge ventilirt worden, von denen der wichtigste die angeblich geplante Anwendung und vielleicht dauernde Einführung des Referendums ist. Danach sollen nach der mit Sicherheit erwarteten Ablehnung der Vetovorlage durch das Oberhaus keine Neuwahlen stattfinden — alle Parteien zittern davor —, sondern es soll bloß eine Urabstimmung der gesamten Wählerschaft über die einzige Frage vorgenommen werden, ob die Wähler für oder gegen die Vetovorlage sind. Falls sich die beiden Parteien auf ein derartiges Kompromiß einigen sollten, erscheint es von vornherein sicher, daß die konservativen und Lords insofern im Vorteil sein würden, als die verschiedenen Bestimmungen der Vetovorlage — Abschaffung des Finanzvetos und Einschränkung des sonstigen Vetos — separaten Abstimmungen unterworfen würden, was die Aussicht eröffnet würde, daß die Lords ihr Finanzveto — das sie bis zur gegenwärtigen Krise noch niemals und auch jetzt nicht mit Erfolg angewendet haben — einbüßen, aber ihre sonstigen Privilegien in allen anderen Fragen weiter behalten würden. Alle Kompromißvorschläge finden natürlich bei den Lords und bei der Arbeiterpartei ihre energischsten Gegner. Dagegen hat sich der wirkliche Konfliktstoff zwischen der Regierung und den Lords seit dem Bekanntwerden des Textes der Vetovorlage so weit herabgemindert, daß nur wahl-taktische und demagogische Rücksichten das Zustandekommen eines Kompromisses vereiteln können.

Deutsches Reich.

Der nationalliberale Wendehals.

Im der Nationalzeitung jammert Dr. Leidig, ein unentwegter Rechts-Nationalliberaler, über schlechtes Wetter. Der politische Himmel scheint ihm „ringsum bewölkt“. Natürlich handelt es sich um die Haltung der Nationalliberalen in der dreihundert Wählerfrage. Er beginnt freilich mit einem Hymnus auf — die Regierung, auf den „festen und zielbewußten“ Theobald v. Bethmann-Hollweg. Und läßt sich also beruhigen:

„Wir haben wieder eine Regierung, unser Reichskanzler ist aus der bisher beobachteten Reserve heraus getreten, und seinem festen und zielbewußten Vorgehen ist auch sofort ein Erfolg beschieden worden. Das Herrenhaus hat sich in allem wesentlichen den Wünschen der Regierung gefügt. Ein Erfolg für die preussische Regierung, auch ein Erfolg für die Nationalliberalen? Insofern gewiß, als die ruhige, überlegte und ihres Zieles gewisse Taktik unserer Landtagsfraktion die lebenden Staatsmänner zu der Ueberzeugung gebracht hat, oder, falls sie, wie ich hoffe, diese Ueberzeugung schon bisher gehabt haben, sie dazu geführt hat, diese Ueberzeugung auch öffentlich zu bekennen und nach ihr zu handeln, daß unter Ausschaltung der Mittelparteien in Preußen und Deutschland die Staatsgeschäfte verständigerweise nicht geführt werden können.“

Aber dann erwägt Leidigs bekümmerte Seele die ernste Frage, was nun die „siegreichen“ Nationalliberalen weiter tun sollen. Ob sie nach allen Regeln der Kunst unpurzelig sollen oder ob sie „fest“ bleiben sollen. Auf der einen Seite werde die Ablehnung der Wählerfrage „von weiten Kreisen der Parteifreunde gebilligt und verstanden werden“. Auf der anderen aber sieht Herr Leidig mit seckfrankhaftem, innersten Schaudern die Gefahr am Horizonte aufsteigen, daß die Wählerfrage dann „immer radikaler werden“ könnte.

Aus diesem Dilemma kommt Leidig nicht heraus und erht nationalliberal und drehscheiben-philosophisch kommt er zu dem weisen Schluß:

„Ueberlegen wir, erwägen wir! Ringsum sind Wollen, und die Führer, die sich uns anbieten, Anreizzeitung und Berliner Tageblatt, sind gleichermaßen wenig vertrauenswürdig; wir müssen selbst den Weg finden zu dem Ziele, unserer Partei und dem Vaterlande zu nützen.“

Nationalliberale Jammerpiele. . .

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Mittwoch eine wichtige zweite und eine wichtige dritte Lesung vor. In zweiter Lesung wurde die Vorlage über die Entlastung des Reichsgerichts angenommen. Die unter so harm-

losten Titel sich einführende Vorlage bedeutet eine arge Verschlechterung der Zivilprozessordnung, eine Plutokratierung, eine „Schorlemerisierung“ des bürgerlichen Rechts. Und genau so wie auf den Antrag Schorlemer hielten die Liberalen auf diese Vorlage, willigen in die Verschlechterung der dritten Instanz für die Wähler erster und zweiter Klasse ein. Und wo sich einmal die Fortschrittler gemiert, da zu sagen, da sollte das Zentrum für die nötige Mäßigkeit. Nur wie scharfer Logik auch Genosse Heine die völkerverfeindlichen Paragraphen zerlegte, was auch immer ein paar wohlwollendere Zentrumslente an guten Gründen vorbrachten; die Verschlechterung stieg auf der ganzen Linie und bei der Hauptverschlechterung fand sich wieder einmal der alte Bülowblock zusammen, der im lieblichen Dammelsprung freilich nicht eben glänzend hiege; ein paar Stimmen weniger und die Majorität war in eine Minorität verwandelt und nebenbei die Verschlechterung des hohen Hauses festgesetzt.

Dah auch die Vorlage über die südwestafrikanischen Kriegskosten endgültig angenommen werden würde, stand von vornherein fest. Selbstredend stimmte unsere Fraktion gegen die Vorlage. Doch in der Theorie die Nationalität der großen Kolonialbase für die Kriegskosten anerkannt wird, kann unsere Ansicht nicht genügen. Nicht unähnlich war das neue Dielk Dornburg-Graben, ein Dielk, bei dem durch die langjährige Vorkamerlebensdauer Dornburgs der Vergleich mit dem Reichlichen Dielk zwischen Rabbi und Mäns ganz besonders nahegelegt wurde. Wir haben keine Veranlassung, uns in den Streit zu mischen. Doch Dornburg seine Verträge vor den reinen Kolonialgemalvolkern, den Liebert und Krenndt, hat, ist von unserer Seite stets angefallen worden, wie nur auch des rührigen Erzbergers Meitens um die Aufhebung kolonialer Mißstände nicht bestritten haben. An der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie gegen die Kolonialpolitik ist nichts geändert. Sie allein tritt für die Eingeborenenrechte ein, die auch der „entschiedene“ Liberalismus schamlos preisgibt. Mit beifolgendem Dohn stellte Genosse Ledebour das Verhalten des Reichstags fest und ironisierte die Gefässheit, mit der die Reusfortschrittler sich an Dornburg, des Bülowblocks letzte Säule, klammern. Geradezu frenetisch war der liberale Jubel, der bei Dornburgs Rede erfolgte; aber noch bezeichnender war das eifrige Schweigen der Rechten.

Für die Kreditpflichtung sind keine Vorlagen und allerhand dritte Leistungen vorgelegen. Der Antrag des Genossen Schöpflin, auch die Petition der Händlarbeiter auf die Tagesordnung zu legen, wurde nicht stattgegeben.

Mit der Beratung der Vorlage über die Entschädigung der Reichstagsmitglieder, die während des Sommers in den Kommissionen die Justizgesetz und die Reichsüberwachungsordnung beraten werden, beschäftigte sich u. a. die Budgetkommission am Mittwoch abends. Genosse Koste betonte, im Prinzip seien die Sozialdemokraten für die Gewährung von Tagelohnen, aber ohne Majorisierung, die des Reichstags unwürdig sei, weil darin ein gewisses Mißtrauen, die Rechten könnten um des Geldes willen verschleiert werden, zum Ausdruck komme. Beschlossen wurde, für jeden Sitzungstag eine Aufwandsentschädigung von 30 M. zu gewähren, wobei angenommen wird, daß auf die Höhe 120 M. entfallen. Die Sitzung einer Subkommission ist der Kommissionsitzung gleich zu erachten, falls sie nicht an demselben Tage wie die Kommissionsitzung stattfindet.

Die Kommission behandelte über zahlreiche Petitionen, die sich auf Postfragen beziehen. Dabei kam u. a. zur Sprache, daß die Spararbeit, die im Postamt geübt wurde, den Arbeitern teuer zu stehen kommt. Es sind zahlreiche Entlassungen vorgekommen. Die Leute, die um Wiederanstellung petitionieren, erhalten den Verdienst, daß es an Geld fehle, sie zu beschäftigen. Die Oberpostdirektion bemüht sich angeblich, die Entlassenen nach Möglichkeit bei anderer Beschäftigung unterzuwirken. Auf die Strafe liegen ungefähr 30 Proz. der Telegraphenarbeiter und -handwerker.

Die Kommission zur Beratung des Hausarbeitsgesetzes beendete am Mittwoch die zweite Lesung der Vorlage. Die Beschlüsse der ersten Lesung erheben folgende Forderung: In § 1, der eine Untergrenze der Hausarbeit gibt, wurde bestimmt, daß die kleinen selbstständigen Gewerbetreibenden, die direkt für Privatsunden arbeiten, nicht unter die Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes fallen. Eine sehr eingehende Debatte verursachten die Bestimmungen des § 3, der verlangt, daß in Häusern, wo Hausarbeit ausgeübt wird, Lohn als Lohn ausgeschrieben werden. Von den Nationalliberalen, die in der ersten Lesung diesem Paragraphen zugestimmt hatten, wurden nunmehr um so mehr alle möglichen Einwände dagegen erhoben. Unsere Genossen Schmidt, Wolfenbühler und Albrecht begründeten eingehend die Durchföhrung und Nützlichkeit der öffentlichen Bekanntgabe der Löhne und wenn es möglich wäre, bei jämmerlichen Lohnangaben das Schamgefühl eines Fabrikanten zu erregen, so würde damit schon ein Nutzen entstehen. So wie heute für die Werkstattarbeiter Lohnzettel verteilt werden können, sei diese Befreiung auch für die Heimarbeit möglich. Aber man scheue sich nur vor einer öffentlichen Bekanntgabe der jämmerlichen Löhne. — Die Regierungsvorsetzer wandten sich gleichfalls gegen die Kommissionsvor schläge. Der ablehnenden Haltung der Nationalliberalen schlossen sich die Fortschrittliche Volkspartei mit Ausnahme des Herrn Raumann und die Konservativen an, während das Zentrum einige Änderungen diktirte, die dahin gehen, daß auf den Lohnzettel oder Lohnlisten nur die Mindestlöhne angegeben werden. Schließlich brauchte nach der Abg. Heise (Zentr.) daß auf Antrag von Gewerbetreibenden für die Gewerbe Ausnahmen zulässig seien. In der Diskussion, daß damit der Paragraph in seiner allgemeinen Vorrichtung durchlöcheret werde, stimmten nun die bürgerlichen Parteien für diese Lösung und nahmen die Paragraphen mit dieser Abänderung an. Ein Antrag unserer Parteigenossen, die Auslage von Lohnlisten für die Heimarbeit allgemein vorzuschreiben, wurde abgelehnt.

In der ersten Lesung hat die Kommission beschlossen, dem Bundesrat, den Landeszentralbehörden und den höheren Verwaltungsbehörden die Befugnis zu erteilen, für Gewerbebetriebe, in denen besonders niedrige Löhne gezahlt werden, Mindestlöhne durch Lohnkommissionen festsetzen zu lassen. Gegen diesen Beschluß wurde nun wieder mit besonderem Nachdruck von der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen angekämpft. Nur der Abg. Raumann nahm zu seinen Parteifreunden eine entgegen gesetzte Stellung ein. Die Bemühungen, die Vorlage zu verschlechtern, waren schließlich von Erfolg, denn die Lohnkommissionen wurden mit Stimmengleichheit (12 gegen 12 Stimmen) gestrichelt. Zur Stimmung das Zentrum der Vertreter der Polen, der Abg. Raumann und unsere Parteigenossen.

Nach der weiteren Paragrafen, der besagte, daß auf Antrag eines Gewerbetreibenden oder einer Arbeitskammer oder beteiligter Organisationen von Hausarbeitern oder Unternehmern Tarifverträge, die in freier Vereinbarung beschlossen wurden, auch auf die Hausarbeiter rechtsverbindlich ausgeübt werden können, wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt und damit die Heimarbeit unter die Haftung bezogen, daß irgend etwas zur Befestigung ihrer elenden Löhne von der Gesetzgebung unternommen wird. — Der Rest des Gesetzes gelangte dann ohne wesentliche Änderungen zur Annahme.

Gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei mit Ausnahme des Herrn Raumann gelangte sodann folgende Resolution des Abg. Dr. Pieper (Zentr.) zur Annahme: „Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Vergütung von öffentlichen Leistungen, die in der Hausarbeit hergestellt werden, an erster

Stelle Vorkauforganisationen oder Genossenschaften von Hausarbeitern berücksichtigt werden, im übrigen solche Gewerbetreibende, welche Gewähr leisten, daß den mit ihnen beauftragten beschäftigten Hausarbeitern solche Löhne gezahlt werden, die von den genannten Organisationen oder Genossenschaften gezahlt werden oder in Tarifverträgen zwischen Hausarbeiterorganisationen und Gewerbetreibenden über Arbeiten gleicher Art vereinbart sind.“ Die Nationalliberalen und die Volkspartei haben damit ganz offen befunden, daß es ihnen mit der Forderung von Tarifverträgen nicht ernst ist und daß sie den Heimarbeiter auch weiterhin der unqualifizierten Ausbeutung schuldig überantworten wollen.

Der Mittwochsabend der Ralkommission lag als Ergebnis der Vorbesprechungen ein Antrag des Berichterstatters Dr. Wärmel vor, der einige Beschlüsse der ersten Lesung im Sinne der Reaktionsmündigkeit einer Revision untergebe. Von den Sozialdemokraten wurde ein Antrag eingebracht, nach dem bei Entscheidungen der Vertretungsstelle über Tarifverträge wegen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse an Stelle zweier der vier von den Ralkommissionen gewählten Mitglieder zwei Vertreter zu ernennen, die von den Arbeitgebetretern der Anstaltsverwaltung nach näheren Bestimmungen des Bundesrats aus den beim Ralkommissionen beschäftigten Arbeitern gewählt werden. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß in den im § 54 auf Antrag des Zentrums vorgelegenen Verträgen zwischen Arbeitern und Ralkommissionen keine Bestimmungen Aufnahme finden dürfen, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter behindern oder verzerren. Der Antrag wurde angenommen, nachdem die Konservativen sich dagegen, das Zentrum aber dafür erklärt hatten.

In der Justizkommission des Reichstags kam in der Mittwochsabend der Antrag der Sozialdemokraten, daß der Zeuge die Auskunft über seine politische Meinung und Verhältnisse demselben darf, zur Beratung. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag abgelehnt. Beim § 55 kam es noch einmal zu einer Erörterung über das politische Zeugniswesen. Um die Wirkung desselben auf die Rechtspflege einzuschränken, wurde dem § 55 folgender Zusatz gegeben: „Tabei dürfen bei Verfolgung politischer Verbrechen und Vergehen Aussagen eines Zeugen, welche auf Mitteilungen anderer Zeugen beruhen, nur berücksichtigt werden, wenn der Zeuge diese Personen zu bezeichnen nicht verweigert.“

Dieser Zusatz wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Der Seniorenkongress hielt Mittwoch nachmittags eine Sitzung ab, um sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Vorlagen bis zur Vertagung erledigt werden sollen. Die Vertagungstermin wurde festgelegt, wurde einstimmig für unmöglich erklärt. Nach Mittag sei keine Aussicht vorhanden, eine beschlußfähige Mehrheit zusammenzubringen. Die Beschlüsse hingen dann von zwei Fallstricken ab und es konnte möglicherweise ein völlig unbrauchbares Gesetz zustande kommen. Aus diesem Grunde wurde von der Vertagung Abstand genommen. — Dagegen soll das Ralkommissionenbericht vor Sonnabend herauskommen, die zweite Lesung am Montag, sonst am Dienstag stattfinden und Montag sittingsfrei sein.

Vergewaltigungspraxis im preussischen Dreiklassenhaus.

* Im preussischen Abgeordnetenhaus legte die Mehrheit am Mittwoch wieder einmal Proben dafür ab, wie wenig gerade sie demselben ist, geschäftsordnungsmäßige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der „Würde des Hauses“ zu treffen. Gleich der Anfang der Sitzung bot dafür einen klassischen Beweis. Schon in der zweiten Lesung des Autussetats hatte sich die Bedeutung der Angriffe der Reichsparteien gegen unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus gerichtet, und auch bei der Debatte in der dritten Lesung am letzten Dienstag war unsere Partei den unerhörtesten Angriffen ausgesetzt. Zum Wort gemeldet war unser Genosse Adolf Hoffmann, der den Herren die ihnen gebührende Antwort zuteil werden lassen wollte. Die Mehrheit ließ zwei freisinnige Redner, die unwichtigen Kleinram vorzubringen hatten, ruhig reden, und nahm dann einen Schlußantrag an. Für diesen Schlußantrag stimmte auch das Zentrum und schloß damit nicht weniger als drei Zentrumsabgeordneten das Wort ab, die wachter in Geschäftsordnungsbemerkungen sich gegen die Vergewaltigung durch die eigene Fraktion zur Wehr setzen mußten. Dieser kann eine Fraktion in der Preussische aller parlamentarischen Anstandsregeln nicht finden, als es hier die Zentrumsfraction des Abgeordnetenhauses Herrn v. Heydenbrand zu Willen tut.

Wenn Etat der Eisenbahnverwaltung mußte Genosse Leinert gegen eine Einmischung der Eisenbahnverwaltung in den schwebenden Lohnkampf im Laugewerbe, natürlich zugunsten der Unternehmer, den schärfsten Protest einlegen, ohne daß vom Regierungssitz etwas zur Verteidigung dieser vorläufigen Haltung gesagt werden konnte. In der Gesamt abstimmlung wurde der Etat gegen die Stimmen unserer Genossen in dritter Lesung angenommen.

Nun erfolgte eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte. Entgegen den Abmachungen des Seniorenkongresses, nach Erledigung des Etats unmittelbar alle zum Etat gestellten Anträge und Resolutionen zur Beratung zu stellen, schlug Jordan v. Aröcher vor, für den Freitag den Hausrechtparagraphen auf die Tagesordnung zu setzen. Selbst ein Nationalliberaler erhob gegen diesen allen Verabredungen widersprechenden Vorschlag den schärfsten Protest zugleich unter Hinweis auf die mehr als mangelhafte Vorbereitung, die dieser politisch und juristisch gleichwertigen Materie zuteil geworden sei. Für unsere Fraktion sprach Genosse Vorkmann, der selbst dem Seniorenkongress angehört und der mit Recht darauf hinwies, daß die Abmachungen des Seniorenkongresses einfach wertlos wären, wenn die Mehrheit unter Außerachtlassung aller Rechte der Minorität die getroffenen Verabredungen einfach abändere. Von den Konservativen bemühte sich v. Heydenbrand höchst persönlich, um Herrn v. Aröcher beizustimmen, und Freidrich v. Redlich durfte natürlich nicht zurückstehen. Vergeblich waren ein paar gute Bemerkungen des freisinnigen Abg. Fischbeck und vergeblich auch das wiederholte Eingreifen unseres Genossen Bergmann. Das Zentrum schlug sich auch hier unter Verleugnung seiner besseren Vergangenheit auf die Seite der Volksfeinde, so daß der Vorschlag des Präsidenten gegen die Stimmen der gesamten Linken angenommen wurde.

Wahlrechtsjustiz.

Gegen 47 Personen, die am 13. und 17. Februar gelegentlich der Frankfurter Wahlrechtsdemonstration verhaftet wurden, haben jetzt Verhandlungen stattgefunden. Das „Graecus“ kann sich jeden lassen. Es wurden verhängt: 3 Jahre 3 Wochen und 1 Tag Gefängnis, 11 Wochen und 6 Tage Haft und 139 M. Geldstrafe. Außerdem schwanden noch mehrere Verfahren. Unter anderem haben sich jetzt auch einmal sechs Schatzkassen erinnert — nach 2½ Monaten! —, daß auch Genosse Bendel den Schuldeuten am Wismar denksamt „Wut!“ zurufen haben soll. Eine Anklage nach §§ 110, 111 und 130 hat neuerdings Re-

daur Luth, wegen des Mordauftrags in Nr. 30 der Volkswacht erhalten. Der Staatsanwalt hat eine „Aufreizung zu Unruhen“ und diesem Kundst herausgelassen.

Vor der Strafkammer in Kiel wurde am Mittwoch ein sechzehn Angeklagte, unter denen sich zwei Frauen befinden, wegen der Wahlrechtsdemonstration in Neumünster am 13. Februar verurteilt. Es waren 15 Zeugen geladen. Die Angeklagten wurden verurteilt „wegen Auftrags“, zum Teil auch „wegen Unruhen“ gegen die Staatsgewalt“ und Verleumdung, und zwar mit 50 M. Strafe an bis zu 1 Monat Gefängnis und 10 Zeugen. Von den angeklagten Frauen wurde die eine zu 50 M. Strafe und die andere zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Der tapfere Cuno.

Der Oberbürgermeister von Hagen, Herr Cuno, hat nach einem Bericht der Post. Ztg. in einer fortgeschrittenen Verfallung geliegt haben, zum Verbot des Rauchens im Vorhause der Begründung habe man ihm vorgezogen, daß Herr Cuno nicht nur der Post. Ztg. eine längere Zeit geliegt, unter Verweisung auf die erteilte Anordnung, die Anordnung ja doch geheim war. Es sei ihm daher nicht übrig geblieben, als in seiner Verbleibungsanordnung Ministerialerlaß ohne Quellenangabe abzuwehren.

Herr Cuno beweist damit, daß er keine Luft hat, der Reichstagsabgeordneter durchfallen, denn als Bürgerrechtler in die Schlingen eines Disziplinarverfahrens geraten. In der Achtung seiner Wähler und Mitbürger auf der einen Seite und der Gnade des Polizeiministers v. Rolke auf der anderen Seite zu wählen hatte, in einer üblen Lage befind. Am Ende hat den deutschen Volksvertreter Cuno totgeschlagen. In halb Jahren sozialdemokratisch sein.

Die Aktion in Braunschweig.

Die am Montag wegen Ablehnung des Gerichts unterbrochene Verhandlung gegen den Redakteur des Braunschweiger Volksfreunds, Genossen Weismeyer, wurde am Mittwoch fortgesetzt. Der Antrag der Verteidigung, den Richterhof als befangen abzulehnen, wurde zurückgewiesen. Rechtsanwalt Dr. Jasper wurde zunächst wegen Ungehorsams die in der Begründung des Ablehnungsantrages gemacht wurde, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Für den Prozeß sind 70 Zeugen geladen, zur Verhandlung sind 3 Tage in Aussicht genommen. Die Verteidigung der Verhandlung ist äußerst beschränkt, denn nur 20 Personen sind als Zuhörer zugelassen worden. Unter Anklage steht u. a. auch ein aus der Frankfurter Zeitung entnommener Artikel und einige Bestimmungen aus unserer Parteizentrale.

Der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Hoffmann, der ein heftiger Gegner der Sozialdemokratie bekannt ist, hat die Verhandlung zum Beginn der Verhandlung einen Zusammenstoß mit den Verteidigern Dr. Rosenfeld-Berlin und Dr. Jasper-Frankfurt ohne die Begründung von Anträgen der Verteidiger zu hören, erklärte er einfach: „Der Antrag ist abgelehnt!“ Als Dr. Jasper auf eine willkürliche Unterbrechung bemerkte: „Aber, Herr Präsident, ich bin ja in meinen Ausführungen noch gar nicht zu Ende“, erwiderte dies: „Ja, leider!“

Die zunächst vernommenen Zeugen der Staatsanwaltschaft zeigten eine ganz eigenartige Befangenheit, die vielleicht im Grund darin haben mag, daß der Polizeipräsident die Sitzungssäle mit anwesend ist. Mehrere Zeugen ließen sich an nichts mehr erinnern, namentlich nicht mehr daran, sie Leute mit dem Säbel geschlagen haben. Als ein Zeuge von den Verteidigern nach der Anweisung für den Richterhof gefragt wurde, sprang der Polizeipräsident auf und ließ ihm zu antworten. Genosse Rosenfeld mußte erst den Präsidenten darüber belehren, daß er zu diesem Vorgehen nicht berechtigt war. Der Vorsitzende erklärte in einer Antwort den Rechtsanwält Dr. Jasper: „Die Frage gehört nicht in diese Sache, die Polizei ist aufs glücklichste durch Trauben beleidigt worden.“ Demnach hat sich der Vorsitzende schon bereits gebildet. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Die Kandidatenfrage in Friedberg-Büdingen. Der nationale liberale Wahlausschuß hat beschlossen, mit dem Zentrum des Bundes der Landwirte und der Fortschrittlichen Volkspartei in Verbindung zu treten, um einen gemeinsamen Kandidaten ausstellen zu können, der vor allen Dingen auch auf Vertrauen der Landwirte hätte rechnen können. Der Bund der Landwirte hat nun den Nationalliberalen eine Antwort gegeben, die nicht mißverstehen können. Man hat nämlich erklärt, daß das Verschulden der Nationalliberalen die Kandidatur für die Wahl des Reichstagswahlrechts als für die Abfassung des Reichstagswahlrechts als für die Übertragung derselben auf die Provinzen einzutreten, wurde nach überaus hitziger Debatte eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Versammlung ist sich freudig darüber, daß der Vertreter der Landwirte in der Herrenhaus, Herr Oberbürgermeister Dr. Wilm, anlässlich der Beratung der Wahlrechtsvorlage in diesem Hause Behauptungen über die Wahlrechtsfrage in diesem Hause ausgesprochen hat, die das geltende Reichstagswahlrecht gegen die Interessen der schreiendem Widerspruch zu den Ansichten der bürgerlichen Mehrheit der von ihm vertretenen Bürger stehen.“

Zur Katastrophe des 3. II. Der 3. II. am Mittwoch mit dem Abg. gemeldet, daß Parlamentarier, mit nötigen Unterlagen ausgerüstet, Gelegenheiten nehmen werden, im Reichstage die Gründe vorzulegen, die die Katastrophe des 3. II. verursacht haben. Die Gründe in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß zwischen der militärischen und der technischen Leitung des Schiffsbaukreuzers nicht das Einverständnis herrsche, das notwendig sein mußte, wenn ein Offizier das Kommando über den Kreuzer führt, der noch nie eine Tauchfahrt gemacht hat. Nachsicht bei militärischer Bitterung mitgemacht hat. In Hamburg die Mühseligkeit erfolgen sollte, wurde im letzten Augenblick ein Offizier als Gast mitgenommen und an dessen Stelle ein Schiff überladen war, ein erprobter Steuermann als Ersatz.

Kleine politische Nachrichten. Die künftige Interimskammer hat das Budget angenommen, worauf die Session geschlossen wurde. Der Großwesir erklärt, daß die Session geschlossen wurde. Der Großwesir erklärt, daß die Session geschlossen wurde.

Rusland.

Frankreich.

Der Streik in Danzig.

Danzig, 5. Mai. Nach Schluß einer Versammlung in der Halle des Danziger Konservativen Clubs...

Danzig, 5. Mai. Die Danziger Arbeiter haben beschlossen, den Streik wieder aufzunehmen.

Italien.

Die italienischen Sozialisten für das Kabinett.

Rom, 5. Mai. Wie bereits kurz gemeldet, hat am Vorabend 1. Mai die italienische Partifraktion...

Türkei.

Der Albanerkrieg.

Konstantinopel, 5. Mai. Die von Iessliu nach Oberen vorrückenden Truppen vollzogen, ohne unterwegs auf Widerstand zu stoßen, ihre Vereinigung mit den Truppen...

Volkswirtschaft.

Die Depression im Tabakgewerbe.

In der Tabakindustrie ist der Geschäftsgang noch ein sehr trübender. Die übermäßige Steigerung der Preise vor dem Eintritt der neuen Steuern...

Doppelzentner gegen 222 535 im Vorjahre. Der Wert dieser Verforgung stellte sich dieses Jahr auf 26,27 Millionen Mark gegen 38,61 im ersten Quartal 1909.

Automobil- und Fahrradindustrie.

Die bisherige Konjunkturmäßigung hat auf die Lage der deutschen Automobil- und Fahrradindustrie einen recht günstigen Einfluss ausgeübt, wie er in wenigen Zweigen der Maschinenindustrie zu beobachten ist.

Die allgemeine Vermehrung der Nachfrage nach Erzeugnissen der Automobil- und Fahrradfabriken im Inlande wurde durch eine gleichzeitige starke Nachfrage auf dem Weltmarkt begleitet, auf dem im Vergleich zu den Vorjahren bedeutend größere Umsätze erzielt wurden.

Parteiangelegenheiten.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1883 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen...

Der Kampf, sozialdemokratische Monatschrift, Jahrgang 3, Heft 8. Aus dem Inhalt: Karl Renner: Organisation der Welt...

Neues aus aller Welt.

Essen a. d. R., 5. Mai. Im Schacht 3 der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Bruchhausen wurden gestern ein Bergmann und dessen Sohn erschlagen.

Wien, 5. Mai. Wie verlautet, soll das Verfahren gegen Frau Hofrichter, das die Staatsanwaltschaft wegen falscher Zeugenaussage eingeleitet hat, demnächst eingestellt werden.

gestorben, die Kameraden aus dem Weg zu räumen, doch ist dies unwahr, da er die Vorbereitungen zu dem Verbrechen bereits im Juni getroffen hat.

Wien, 5. Mai. In Oesterreich ist plötzlich ein heftiger Wettersturz eingetreten. In Wien regnete es gestern den ganzen Tag in Strömen.

Kraakau, 5. Mai. In der Konfektfabrik von Jachsel in Wlala erfolgte gestern eine Kesselexplosion. Der Besitzer, sowie einige Arbeiter wurden hierbei schwer verletzt.

Wittich, 5. Mai. Gestern abend tötete ein 20jähriger junger Mann eine 22jährige Dienstmagd, die seine Liebesanträge wiederholt zurückgewiesen hatte.

Petersburg, 5. Mai. Der gestrige Auffstieg Lathams in einem Antoinette-Monoplan mißlang vollständig. Drei Versuche hatten ein negatives Resultat.

Smyrna, 5. Mai. Fünf Dschunken bei Karahisar-Schule wurden von einer Regenflut hinweggeschwemmt. Es sind auch Verluste von Menschenleben zu beklagen.

Dresdner Polizeibericht vom 6. Mai.

In einem Zustand geistiger Erregung schoß sich am Mittwoch in einem Schrebergarten in der Vorstadt Cotta ein Schlossergeselle in selbstmörderischer Absicht aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf.

Nach einem mit seiner Geliebten gehaltenen Zwiste versuchte gestern abend auf der Freiberger Straße ein Güterbedenarbeiter sich dadurch den Tod zu geben, daß er sich mit einem Rasiermesser einen Schnitt am linken Arme beibrachte.

Unterhalb der Augustusbrücke wurde gestern nachmittag die Leiche eines seit 30. vorigen Monats vermißten, 72 Jahre alten Arbeiters aus der Elbe gezogen und behördlich aufgefunden.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 7. Mai 1910. Starke Westwinde; wolkig; kühl; zeitweise Regen.

Wetterbericht von der Wetterfäule an der Augustusbrücke vom 6. Mai, mittags 12 Uhr. Barometer 745. Regen, Wind. Thermometer + 11° R. Thermometergraph Min. + 4, Max. + 10. Hygrometer 71%. Wasserstand + 2.

Letzte Telegramme.

Der Hausrechtsparagraf.

Berlin, 6. Mai. (Privattelegramm.) Im preussischen Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Hausrechtsparagrafen. Zu Beginn gab die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Fraktion kann die Mehrheitspartei nicht hindern, die Geschäftsordnung zu beschließen, wenn sie das zur Erzielung ihrer eigenen Mitglieder für notwendig hält.

Als erster Abgeordneter sprach ein Konfessionslos, der nicht nur den Hausrechtsparagrafen verteidigte, sondern auch eine Beschränkung der Redezeit der Abgeordneten forderte.

Marokkospeditionen.

Madrid, 6. Mai. Das Ministerium des Äußeren hat von mehreren Staatsangehörigen Gesuche erhalten, in denen die Abfender fordern, daß in ihrem Namen von dem Kaiser eine Erklärung über die Entdeckung von Mineralen in Marokko abgegeben werde.

Tod auf den Schienen.

Böln, 6. Mai. Nach einer Meldung des Leipz. Tagebl. wurde gestern abend gegen 10 Uhr zwischen Laucha und Böln von einem Streckenläufer die 17jährige Tochter des in Böln stationierten Bahndienstes Hänel, namens Martha Hänel, mit abgefahrenen Beinen und einer Kopfverletzung auf den Schienen aufgefunden.

Bootsunglück.

Cherbourg, 6. Mai. Der Radradhändler Guillot unternahm mit drei Bekannten einen Ausflug in einem Segelboot. Das Boot kenterte und alle vier ertranken.

Tod in der Tie.

Paris, 6. Mai. In Decazville bei Toulouse starben drei Bergleute infolge Reizens des Gases mit einem Förderer in die Tiefe. Zwei wurden getötet, der Dritte schwer verletzt.

Die Grubenkatastrophe in Alabama.

Birmingham, 6. Mai. Von den Bergleuten in der Taladmine, die sich aus 45 Weibern und 100 Negern zusammensetzte, ist, wie bestimmt angenommen wird, niemand mehr am Leben, da die von der Explosion verschont gebliebenen den giftigen Schwaden erlegen sein dürften.

Erdbedenkatastrophe in Colorado.

Newyork, 6. Mai. Nähere Nachrichten über das Erdbeben von Cartago laufen nur spärlich ein, da die Telekommunikation zwischen Cartago und San Jose zerfallen ist und die Telegraphenbeamten in Cartago getötet wurden.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102.

Dresden, Freitag den 6. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Bei einer abermaligen Dauer Sitzung erlebte die Zweite Kammer am Mittwoch eine erhebliche Zahl Beratungsgegenstände. Das Kapitel Gesundheitswesen wurde von dem Abgeordneten mit etwas Spannung erwartet, weil nationalliberalen früher einmal hatten in die Welt hinauszuweisen lassen, sie würden gegen einen Teil der Einstellungen dieses überflüssigen Kapitels stimmen. Freilich kam es ganz anders im nationalliberalen Blätterwald. Die Sitzung am Mittwoch begann mit einer kurzen Erklärung nationalliberalen Anders, die den Umfall der Mehrheit nationalliberalen unter der Motivierung anzeigte, in der Finanzdeputation A davon überzeugt worden, die Gesundheitswesen nötig seien. Auch bei den freisinnigen fand eine Wandlung vollzogen, sie hatten ihre frühere Haltung soweit eingeschränkt, daß sie jetzt nur Streichungen der Gesundheitswesen in München und Wien, die übrigen aber bestehen lassen und auch die Mittel bewilligen wollten. Der Minister v. Bismarck verfuhr demnach, die alten hinsichtlich Gründe für die Gesundheitswesen ins Feld zu führen, während Genosse Siedermann ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion behauptete.

Bei der Abstimmung wurden die Gesundheitswesen in München, Wien und Berlin gefordert borgenommen. Gegen die Gesundheitswesen in München und Wien wurden die Sozialdemokraten, dagegen wurden die Nationalliberalen nur mit 42 gegen 35 Stimmen angenommen. Der Minorität befanden sich auch fünf Nationalliberale. Hätten nur noch vier Nationalliberale etwas Rückgrat gebraucht, dann wäre die Ablehnung der Gesundheitswesen ins Feld zu führen, während Genosse Siedermann ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion behauptete.

Eine längere Debatte zeitigten noch die Fortsetzung der Gesundheitswesen. Die unzulängliche Entlohnung der Arbeiter und die Verfüge, diese Arbeiter um ihr Arbeitsrecht zu bringen. Gegen Abend kam der freisinnige Antrag auf Einsetzung alljährlicher Landtagstagungen zur Sprache. Durch die Begründung des Abg. Schwager waren neue Argumente nicht beigebracht; dagegen waren Gegenargumente des Ministers v. Bismarck allerdings zum Vorschein gekommen, doch von jener Originalität, die spöttisches hervorruft. Das Tempo der Debatte geht ihm schnell und wenn man einjährige Perioden einführte, es ist noch schneller gehen. Dann malte er die Verfassungskonvention als Schreckensbild gegen die alljährlichen Landtagstagungen an die Wand. Damit war er aber in die abgelehnten Gründe geraten. Schließlich erklärte er rühmlich, die Regierung werde jeder Verfassungsänderung, die auf alljährliche Landtagstagungen abziele, die Genehmigung erteilen.

In der weiteren Debatte wurde vorwiegend die Frage erörtert, wie man durch Vereinfachung der Geschäfte eine Vereinfachung der Landtagsarbeiten herbeiführen könne. Waren besonders die Nationalliberalen, die der Frage die Lösung gaben, sie verfolgten dabei den Zweck, ihre kläglich annehme Haltung zu dem Antrage zu bemaßen. Das gilt aber dem Abg. Sietner. Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat die Genossen Frähdorf und Siedermann, die auch die wunderlichen Argumente des Ministers wiederholten, was auch noch der Abg. Günther befragte. Eine Erwähnung war nach der Ansicht des Präsidenten nicht möglich, es sich um eine Verfassungsänderung handle und dazu Anwesenheit von 2/3 der Abgeordneten erforderlich sei. Waren aber abends gegen 8 Uhr nur noch 60 zur Stelle, anders auf den konservativen Banken saßen viele leere Stühle. Doch kann schon jetzt über das Schicksal des Antrages Zweifel bestehen, wenn eine Zweidrittelmehrheit zur Annahme erforderlich erachtet wird. Die Nationalliberalen sind dabei vorwiegend wieder einmal ihre Zerfahrenheit zu Tag legen, es werden aber so viel auf die maßlose Weise gehalten, daß zusammen mit den konservativen eine Mehrheit gegen den Antrag zustande kommt.

Ein Wahlrechtsraub.

Die dringend notwendig es ist, daß die organisierte Arbeiterbewegung auch versucht, Einfluß auf die Ortskrankenkassen zu gewinnen, beweist ein Beschluß der Vertreter der Krankenkassen in Schönewalde, der dieser Tage in der Generalversammlung gefaßt worden ist. Nachdem man es nicht hatte, die Vertreter der organisierten Arbeiterbewegung, sagte man nämlich den einstimmigen Beschlüssen, das Statut in der Weise abzuändern, daß den weiblichen Mitgliedern der Kasse das Wahlrecht in Zukunft entzogen wird. Zur Begründung des Antrages, ein Arbeitgeber, und die Arbeitnehmerinnen dem zu, aus, daß die weiblichen Mitglieder bei einer Wahl nicht wissen, um was es geht, und für wen sie ihre Stimme abgeben haben.

Dieser Beschluß beweist, daß die Herren Kassenvertreter überhaupt keine Ahnung von dem § 37 des Krankenversicherungsgesetzes haben, der klipp und klar vorschreibt, daß auch die weiblichen Frauen und Ausländer ein gleiches Stimmrecht wie die Männer und Inländer haben, weil es sich um politische oder kommunale, sondern um eigene wirtschaftliche Angelegenheiten handelt. Dieserhalb steht auch zu erwarten, daß die Verwaltungsbehörde ohne weiteres diesen ungesetzlichen Beschluß der Schönewalder Ortskrankenkassenvertreter in Dresden einen Vortrag über den Konservatismus in Dresden und dabei auch seine Stellung zur Frauenfrage

Eine launige Antwort.

Der Führer der Konservativen im sächsischen Landtage, Herr v. Bismarck, hat vor einigen Wochen in einem bürgerlichen Frauenverein in Dresden einen Vortrag über den Konservatismus gehalten und dabei auch seine Stellung zur Frauenfrage

dargelegt, die dahin ging, die Frau gehöre in Haus und als Ehefrau zum Manne. Darauf haben die Schülerinnen eines Dresdner Realinstituts als Antwort auf den Vortrag ein Schreiben folgenden Inhalts an Epig gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Geheimrat! Mit großem Interesse haben wir Ihre die Frauenfrage betreffende Rede gelesen. Wie alle wichtigen Tagesereignisse wurde sie natürlich in der Realstunde sofort zur Debatte gebracht; doch war diese ausnahmsweise sehr schnell beendet, da wir uns gleich alle offen zu Ihrer Ansicht bekannten. Auch wir sind der Meinung, daß die Frau nur fürs Haus und zur Gefährtin des Mannes geschaffen ist, doch leider sind unsere Vermählungen, einen Gefährtin zu finden, stets an der Heiratsunlust der Männer gescheitert. Da Sie aber doch sicher bereits Wege gefunden haben, dieser zu steuern (sei es durch Heiratsprämien oder andere Anreizungsmittel), wenden wir uns vertrauensvoll an Sie mit der Bitte, und einige heiratslustige Männer zur Auswahl zu senden. Wir sind jeden Dienstag und Donnerstag im Atelier X-Strasse zu sprechen. Der Malerei haben wir uns nur in Ermangelung eines besseren Lebenszweckes zugewendet. Wir sind bereit, sie sofort aufzugeben und nur noch dem Manne zu leben. Neberhaupt sind wir sehr anspruchslos; einem Mann zuliebe können wir alles aufgeben. Wir sind übrigens auch alle mehr oder weniger jung und hübsch. Doch möchten wir, falls Sie unseren Wunsch erfüllen, auch bitten, einen heiratslustigen Großpapa für unsere Lehrerin mitzuschicken, da sie durch unseren Abgang doch brotlos werden muß. Aber wir möchten damit nicht etwa sagen, daß nicht auch wir mit einem älteren Herrn zufrieden sein würden, wenn er noch einigermaßen rüstig ist. In der Hoffnung auf baldige Antwort, Ihre Ihnen dankbar ergebenden Realjungfrauen.“

Den Spott und die Ironie, die zwischen diesen launigen Zeilen brüht, scheint Epig nicht erfasst zu haben, den er hat, offenbar stolz darauf, daß die Malerinnen sich zu seiner Ansicht bekennen, den Brief auch noch veröffentlicht lassen.

Chemnitz. Eine Dummheit, in betrunkenem Zustande begangen, brachte dem Fingeliebhaber Otto Schulz 25 Tage strengen Arrest ein. Ein Tag Wirtlarrest war ihm aufgebrennt worden, weil er die letzte Herbstkontrollerversammlung veräumt hatte. Am 5. März hatte er die Strafe vormittags 10 Uhr anzutreten. Er betraut sich aber am Vormittag und meldete sich erst nachmittags 2 Uhr in betrunkenem Zustande. Zu diesem „Ungehörigem gegen einen schriftlichen Befehl“ fügte sich noch Achtungsverletzung gegenüber dem Arresthauaufseher. Nach der Anklage stellte er sich vor den Ruffeher hin, vergrüßte die Hände in die Hosentaschen und sagte: „Neigt ist Februar, hier muß geheizt werden, wir sind keine Soldaten mehr, sondern Reservisten, Sozialisten, Nihilisten, Anarchisten.“ Schulz, der beim 10. Inf.-Reg. Nr. 134 (Pflauen) gebürtig hat, bemerkte in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Chemnitz, daß er von dem Vorgange nicht das geringste wisse, er sei sinnlos betrunken gewesen. Das glaubte ihm das Gericht nicht.

Mittheilung. Das Verschwinden des Obdiktors Fischer gibt der gegenständlichen Presse Veranlassung, den bedauerlichen Fall breit zu treten und gegen die Sozialdemokratie zu verurteilen. Wir unterlassen es, an dem Fall irgend etwas zu beschreiben, Fischers Verhalten muß sehr scharf beurteilt werden, es ist aber lächerlich, für die Sünden eines Einzelnen die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Da die Parteigenossen aber ein Recht darauf haben, zu wissen, wie die Sache wirklich liegt, geben wir eine Darstellung der Angelegenheit der Chemnitzer Volkstimme wieder. Darin heißt es: „Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist der bekannte Genosse Johannes Fischer, der bei den Landtagswahlen im 10. sächsischen Kreise kandidierte und seit dem 1. Januar auch Stadtkorrespondent war, finanziell zusammengebrochen und hat von der Schwere aus seinen Konkurs angemeldet. Fischer selbst hat an die Redaktion der Volkstimme einen Brief gerichtet, indem er sich nach Möglichkeit zu entschuldigen sucht. Er habe seinen landwirtschaftlichen Besitz möglichst intensiv gestalten wollen und dazu mehr Kapital gebraucht, als er besaß. Er sei in Schulden hineingekommen, habe, um diese zu bezahlen, da sein Gut erst später den Nutzen der Aufwendungen bringen konnte, sich auf Spekulationsgeschäfte eingelassen müssen und sei trotz seiner besten Hoffnungen und Absichten schließlich in ein unentwirrbares Netz von ungeheurer Größe und zahlreichen Verpflichtungen geraten. Er habe sich unermüdlich gearbeitet und aufs einfachste gelebt, sei jetzt gänzlich ruhmlos und besäße selbst nicht einen Heller mehr. Er werde aber alles aufbieten, um soviel Zutrau zu sammeln, daß er allmählich die geschädigten Bürger und Genossen doch noch befriedigen könne. Die Parteimitglieder habe er niedergelegt und die Genossen verlassen müssen, mit denen er seit frühesten Jugend zusammen gearbeitet habe. Aber am tiefsten Schmerze ihn, daß die Gegner seiner persönlichen Verschulden zu Angriffen auf die Partei ausnützen würden. Er wisse, daß er auf die Verzeihung der Genossen seinen Anspruch habe, aber sie sollten wenigstens sein Geschick berühren.“

Soweit Fischers Brief. Er sagt mit Recht, daß Fischer den Anspruch auf Mitleid und Verzeihung bei den Parteigenossen vermisst. Denn noch in der letzten Zeit, als von uns noch niemand seine finanzielle Bedrängnis ahnte, er aber seine Hoffnungen schon mehr und mehr schwinden sah, hat er das Vertrauen ausgenutzt, das seine und seines Vaters langjährige Parteiloyalität ihm erworben hatte, um neue Geldmittel auch von wenig begüterten Genossen zu erlangen. Gerade das hätte ein Mann von seiner Vergangenheit und Stellung niemals tun sollen; denn gerade darunter muß jetzt natürlich die Sache der Partei bei den Unzufriedenen leiden. So schwer es einem eifrigen und ehrlichen Parteigenossen gegenüber, wie Fischer in langen Jahren war, auch fallen mag, es muß ausgesprochen werden, daß er durch sein leichtfertiges und unaufrichtiges Finanzgebahren den Anspruch auf Mitleid und Ehre eines Parteigenossen verlor hat.“

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß Fischer schwer gefehlt hat. Die Partei aber kann für die Vergehen eines Einzelnen nicht verantwortlich gemacht werden. Leute, wie Fischer, sind übrigens bei den Gegnern gar nicht so selten anzutreffen.

Jittau. Das Wertzuwachssteuerregulativ der Stadt hat die Genehmigung der Regierung gefunden. Es tritt sofort in Kraft.

In Dresden scheint der Stadtrat absichtlich die Zeit verstreichen zu lassen, um so die Einführung der von den Stadtverordneten beschlossenen Wertzuwachssteuer zu verhindern.

Neue Nachrichten aus dem Lande. Ein schweres Automobilunfall ereignete sich bei Choren. Kaufmann Bindernagel aus Döbeln lenkte sein Automobil, um den Jagdbund eines Markbacher Fabrikanten, der gegen das Automobil heranließ, nicht zu überfahren, auf eine Weite, fuhr aber an einen Kilometerstein. Bei dem Anprall wurde das Vorderrad des Autos stark beschädigt. Frau Bindernagel wurde herausgeschleudert und fiel so unglücklich, daß sie als bald starb. Bindernagel selbst kam mit dem Schrecken davon. — In Freitensborn bei Rochlitz wurde der 14-jährige Knabe Alfred Tenner von einem Langholztransport überfahren und getötet. — Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Bahnhof in Leine-

felde. Beim Rangieren eines Güterzuges stieß eine Rangiermaschine mit zwei abgestoßenen Wagen zusammen. Der zweite Wagen wurde in den ersten hineingedrückt. Hierbei verunglückte der Rangiermeister Michael Wendehorst, der sich auf dem zweiten Wagen befand. Der Verunglückte wurde förmlich zerquetscht und gab unter den Händen des herbeigerufenen Arztes bald seinen Geist auf. Der Verunglückte hinterläßt eine Familie von fünf Köpfen. — Erbblindet ist auf einem Zuge ein 4 Jahre alter Knabe in Gartenstein. Er erhielt beim Spielen von einem anderen Knaben einen Kutschenstoß, der die Hornhaut zerstörte. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Lichtenberg bei Rammen. Der in Weichbach bei Pulsnitz wohnhafte Landwirth S. Wendi fuhr mit seiner Frau zum Besuche von Verwandten nach Wadkau. In Lichtenberg hat das Pferd infolge Veragens der Krense den Wagen die steil abfallende Straße nicht mehr halten können und ging durch. Bei der Einmündung in die Dorfstraße stürzte der Wagen um und die Insassen wurden herausgeschleudert. Hierbei erlitt die Ehefrau einen Schädelbruch. Die Behauptungswerte ließen nur noch wenige Minuten. Wendi und der Beifahrer Zeller aus Weichbach erlitten gleichfalls erhebliche Verletzungen. — Das fünfjährige Söhnchen einer Strumpfwirkerfamilie in Thalheim stürzte beim Turnen am Treppengeländer zwei Treppen tief herab und trug eine schwere Gehirnerschütterung davon. — Verhaftet wurde in Lieberneulitz der Fahndmeister Schidtau, der sich, als er einem neunjährigen Knaben einen Zahn ziehen sollte, an diesem gegen § 175 des Strafgesetzbuchs vergangen hat. — Aus Not in den Tod gegangen ist der 66 Jahre alte Schlosser Gustav Staube in Leipzig. Er machte seinem Tode durch Erhängen ein Ende. Ein Bekannter schrieb Staube, daß er wegen Arbeitslosigkeit und Elend aus dem Leben scheiden wolle.

Stadt-Chronik.

Steuermogler.

Interessante Streiflichter auf die Steuerhinterziehungs-Methoden zahlungsfähiger Kreise warf ein Strafprozeß vor dem Oberlandesgericht. Der Privatist Herrmann in Jittau, Mitinhaber der Firma J. B. Hermann in Hirschfeld, ist seit dem 1. April 1907 nicht mehr am Geschäftsgewinn beteiligt, hat aber dafür eine große Summe, über 400 000 M., als Betriebskapital im Geschäft stehen. Außerdem ist er noch Inhaber von Aktien verschiedener Gesellschaften, die früher ebenfalls zum Betriebskapital gehörten. Im Jahre 1903 zog er diese Effekten aus dem Geschäft heraus, setzte aber die Dividenden-Einnahmen aus diesen Aktien nicht in die Deklaration für 1905/06 ein. Er gab ein Gesamteinkommen von 86 725 M. mit einem Steuerfusse von 4160 M. an, hatte aber in Wirklichkeit ein Einkommen von 92 137 M. und hätte 4760 M., also 600 M. mehr Steuern entrichten müssen. Die Bezirkssteuer-Einnahme stellte daraufhin gegen Herrmann Strafantrag und erzielte eine Verurteilung in drei Fällen zu einer hohen Geldstrafe. Das Urteil basierte auf § 68 des Einkommensteuergesetzes. (Die Bezirksinspektion hatte sich dem Verfahren als Nebenklägerin angeschlossen.)

In der Revision vor dem Oberlandesgericht sucht Herrmann seine Verurteilung an und stützte sich auf eine Verjährung und auf einen Passus im Steuerfusse, wonach eine strafrechtliche Verfolgung wegen Hinterziehung zu unterbleiben hat, wenn bereits ein Verfahren schwebt und der Beschuldigte seine unrichtigen Angaben forträgt. Das hat er getan, dem Bezirksauschuß seine Bücher zur Verfügung gestellt, eine neue Deklaration aufgestellt und auf dem Steueramte selbst Informationen betreffend seiner Einschätzung eingeholt. Außerdem verstoße die Art der behördlichen Einschätzung gegen das System der Doppelbesteuerung. Er habe sein Vermögen in Höhe von 968 250 M. zu 4 Prozent angerechnet und nach diesem Zinshufe deklarieren.

Der Strafantrag verwarf die Revision kostenpflichtig. Die Einwendungen seien nicht stichhaltig, die Verjährung durch eine Amtshandlung unterbrochen worden. Am 6. November 1908 hätte die dreijährige Verjährungsfrist vom 6. November 1905 in Kraft treten müssen. Am 28. September 1908 habe die Bezirkssteuer-Einnahme die strafrechtliche Verfolgung beschlossen und dadurch die Verjährungsfrist unterbrochen. Betreffs der angeblich richtiggestellten Angaben nach der Eröffnung des Strafverfahrens müsse sich der Senat auf die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanzen stützen. Nur vollständige Angaben könnten auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen die unrichtigen forträgt. Das sei aber auch nicht geschehen; Herrmann habe auch später noch sein Einkommen zu niedrig angegeben.

Diese letztinstanzliche Entscheidung gegen einen schwerverbreiten Steuerhinterzieher illustriert lebhaft die Debatte, die kürzlich in der zweiten Kammer stattfand, als Genosse Fleischer bei der Begründung des sozialdemokratischen Steuerreform-Antrags u. a. auch die Steuerhinterziehungen zur Sprache gebracht und kritisiert hatte. Die Herren der bestehenden Klasse wollten an diese Trübeberger nicht erinnert sein und gerieten in moralische Entrüstung ob der Vorkürfe. Aber schon in der Deputation war von bürgerlicher Seite dargelegt worden, daß Steuerhinterziehungen in besseren und reichen Kreisen eine allgegenwärtige Erscheinung sind. Das weiß man auch in den Steuerhinterziehungs-Kommissionen. Die meisten Trübeberger kann man aber, oder man will sie manchmal auch nicht fassen. Herr Privatist Herrmann in Jittau ist keine Ausnahme, sondern ein Typus!

Ehebruch als Dienstentlassungsgrund.

Vor dem Verwaltungsgericht in Dresden klagte der vor-malige Oberfeuerwehmann Prehler gegen die Stadtgemeinde Dresden auf Bewährung von Ruhegehalt. Der Kläger wurde am 2. April 1904 bei der heiligen Berufsfeuerwehr angestellt, Anfang Februar 1909 aber auf Beschluß des Gesamtrats aus seiner Stellung entlassen, nachdem vorher das Disziplinarverfahren eingeleitet worden war. A. war in unerlaubte Beziehungen zu einer verheirateten Frau getreten, mit der er sich während der Dienstzeit vom Hofe des Dienstgebäudes aus durch Zeichen verständigte, um dann in Zwischenräumen zu verkehren. Sein Vergehen bei der Kreisbauhauenschaft eingeleitet Rekrus wurde verworfen. Noch bevor die Kreisbauhauenschaft entschieden, hatte A. in einem Schreiben an den Rat beantragt, ihn mit Pension in den Ruhestand zu versetzen. Er berief sich dabei auf ein ärztliches Zeugnis, in dem bescheinigt wurde, daß er zur Ausübung seines Berufes wegen

nicht
igen.
der
Aus-
ber-
elegt
Ropf
Re-
am
aus-
Die
offen
ge-
Ent-
ions-
den;
bein.
der
g o g
aber
dem
Ge-
geint
be-
halte
erte“.

urteil
der
In
leber
wels-
it er-
rhob.
Nann
oten.
blieb
Mität
affen
sigen
ch in
regen
und
der
Das
leßen
sugen
igte

mit
tenen

ein-
des
unfich
nach
e dec

don
Ber-
eine
n, ist
das

hat
don
und
licht“

amm-
e
em-
stelle
unter
egen-
sollen
lägen
n die
stimmt

Der
jähre,
tätig
1 Re-

Wert
a vor
h die
jaup-
n der
Müner
l auch
eben
jurist-
t zu
ber-
strum
trags-
erlegt
beie-
hweis,
e vor-
Ver-
schoben
Bunte
he die
Jungen
diesem
leben-
abgung
a; bis
Gang
e Be-
stären.
a den
alle
ch die
en.
Küßer
haben,
e des-

Sicht, Rheumatismus und Herzleiden unfähig sei. Vom Stadtrat abgewiesen, erford. Klage, geltend machend, zurzeit seiner Entlassung nicht mehr fähig gewesen zu sein, seinen Dienst aus gesundheitlichen Rücksichten weiter zu versehen. Die Disziplinarentscheidung sei bei Erhebung des Pensionsanspruchs noch nicht rechtskräftig gewesen. Hierbei sei die Ansicht des Stadtrats, daß der Anspruch auf Pension unbegründet wäre, weil er wegen Dienstvergehens disziplinar schon entlassen gewesen sei, unzutreffend. Er (Mäurer) sei nicht wegen Dienstvergehens, sondern wegen seines auherdienstlichen Verhaltens entlassen worden. Auch die Ansicht des Rats, daß überdies ein gemeinsames Vergehen im Sinne des § 13 des Preuss. V.-G. vorliege, wurde als irrig bekämpft. Der Echebruch werde nur auf Antrag bestrast, sei aber hier von beiden Teilen verzichtet worden.

Die Stadtgemeinde vertrat den Standpunkt, daß ein „unwürdiges Verhalten“ außerhalb des Dienstes als Dienstvergehen im Sinne des § 13 des Preuss. V.-G. anzusehen ist. Er handele sich um einen doppelten Echebruch, ob dieser Echebruch geschah oder nicht, sei für die Anstellungsbehörde gleich. Der Mäurer habe jedenfalls durch sein Verhalten das Ansehen seines Berufes schwer geschädigt. (Der Rat hat von der ganzen Sache dadurch Kenntnis erlangt, daß sich eine Vereinigung der Feuerwehrlaute bildete, die erklärte, keinen Dienst mehr tun zu wollen, solange der Mäurer, der sich bereits im vorgeschrittenen Lebensalter befindet, im Amte verbleibe.) Die Entlassung sei rechtskräftig geworden mit dem Augenblicke des Verschluases, der durch die Oberbehörde bestätigt wurde. In der Zwischenzeit habe nur darüber Unsicherheit bestanden, ob die Pensionierung erfolgen würde. Schritte wurden auch, daß Dienstunfähigkeit des Mäurers vorliege. — Das Gericht hat auf Abweisung der Klage erkannt. Die Entlassung durch die Disziplinarbehörde sei vom Verwaltungsgericht nicht nachzuprüfen und wegen Dienstvergehens erfolgt. Mäurer war bereits entlassen, als er den Antrag auf Pensionierung stellte. Die Entschickung des Stadtrats war bereits heruus, wohl ist dagegen Rekurs eingelegt worden, dieser habe aber keine ausführende Wirkung, sondern nur den Sinn, daß sie nicht ausgeführt werden darf, sei bestet aber zu Recht.

Prozess Balletmeister Berger — Treddner Rundschau.

Der Beleidigungsprozess des Balletmeisters Berger von der Treddner Hofoper und der Solotänzerin Heß gegen den verantwortlichen Medaiteur der Treddner Rundschau Emil Nauda endete heute nach mehrtägiger umfangreicher Beweisführung durch einen Vergleich. Der Vergleich war außergerichtlich von den Parteien geschlossen worden und wurde zu Beginn der heutigen Verhandlung in öffentlicher Sitzung verkündet, nachdem die ganze Beweisführung wegen angeblicher Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde. Ueber den Sachverhalt haben wir bereits berichtet. Die Erklärung lautet folgendermaßen: „Nachdem einerseits im gegenwärtigen Privatklagenverfahren festgestellt worden ist, daß die in dem Artikel der Nr. 39 der Treddner Rundschau vom 25. September 1909 vom Angeklagten gegen den Privatkläger Berger erhobenen Beschuldigungen zu einem nicht unerheblichen Teil der Wahrheit entsprechen und andererseits die Generaldirektion der Königlichen Hofoper, wie es von vornherein in deren Absicht lag, nunmehr auf Grund der vor Gericht beschworenen Zeugenaussagen ein genügendes Material für ein Disziplinarverfahren erlangt hat, schließen die Parteien folgenden Vergleich ab: Der Angeklagte bedauert, daß seine Ausführungen in dem infrarückigen Artikel in einigen Punkten Anlaß zur Auffassung als Beleidigung gegeben haben. Beide Privatkläger ziehen die erhobene Privatklage nebst Strafverfahren zurück. Die Kosten des Verfahrens werden zu zwei Dritteln vom Privatkläger Berger und zu einem Drittel vom Angeklagten Nauda getragen. Die den beiden Parteien etwaweisen notwendigen Ausgaben werden nicht erstattet. Dresden, im Mai 1910. Dr. Thierme für den Privatkläger, Dr. Fleischhauer, Verteidiger des Angeklagten.“

Der Zirkus Angelo

hat am Dienstag abend hier die letzte Vorstellung gegeben und dann seine Zelte abgedröckelt, um weiter zu ziehen. Die den Verichten bürgerlicher Blätter zu entnehmen ist, hat das Gaskamp mit einem großen Skandal im Zirkuszeit „würdig geschlossen“. Es fehlte gar nicht viel, wäre es zu einer Mahenprügelei gekommen, und zwar wegen der „Ringlämpfe“, die am letzten Abend zur Entscheidung zu bringen waren. Ein hiesiges Blatt berichtet darüber: „Die Ringlämpfe im Zirkus Angelo endeten mit einem großen Tumult. Den ersten Preis erhielt der Reiterführer von Sachsen Miesbach, den zweiten der Schweizer Verlag, den dritten der „König der Volturäger“ Carlos-Portugal, der mit einem blauen Auge in der Manege erschienen war, den vierten der Leipziger Buchheim und den fünften der Italiener Boudhoni. Die Preise wurden nicht ausbezahlt, „aus unliebsamen Gründen“, wie sich der Preisrichter ausdrückt. Worin die Gründe bestanden, war nicht zu erfahren. Als sich Miesbach zum Schluß weigerte, den Entscheidungstingkampf um die Meisterschaft von Sachsen mit dem Herausforderer Ruffschke zu kämpfen, führten die Hunderte von Galerieströmungen unter Geheule in die Manege. Und als der Sieger Miesbach auf einen Herrn losstürzte, der ihm das Wort „Schleier“ entgegengeschleudert hatte, nahm das Publikum eine drohende Haltung gegen den Sieger ein, so daß er, von einigen Freunden geschützt, den Zirkus am vorderen Eingange schleunigst verlassen mußte. Kurz vorher aber kam es noch zu einer wüsten Balgerei, wie es schon zwischen Miesbach und einem anderen Ringlämpfer. Doch ließ sich Genaues nicht erkennen, da ein lebensgefährliches Gedränge in der Zirkusmanege herrschte. Erst gegen Mitternacht fand der Tumult sein Ende.“ Wenn das ganze Ringlämpfer-Arrangement nicht von vornherein ein verständnisvoller Vereinbarung war, dann dürften die „unliebsamen Gründe“ der Preisverweigerung wohl in der durchlöcherigen Rolle des Zirkusunternehmens zu suchen sein.

Geschwornengerichts-Verhandlungen.

Die Hauptverhandlungen in der 3. Sitzungsperiode sind wie folgt anberaumt worden: Montag, 9. Mai. Vormittags 9 Uhr gegen den Stallschmied Wilhelm Otto Kerschmar aus Eiferismühl wegen versuchten schweren Raubes. — Vormittags 11 Uhr gegen den Steinbrucharbeiter Esker Max Feherst aus Großdobritz wegen Sittlichkeitsverbrechens und versuchter Nötzung. (Geheim.) — Mittags 12 Uhr gegen den Bieleur Ferdinand Nied aus Wien wegen Minderjährigen. (Geheim.) — Dienstag, 10. Mai. Vormittags 9 Uhr gegen den Schlossergehilfen Julius Theodor Max Meerstein aus Treddner-Bieschen wegen Falschung inländischer öffentlicher Urkunden, vollendeten und versuchten Betrugs. — Vormittags 11 Uhr gegen den Schlosser Gustav Paul Feinze aus Niederpeterswitz wegen Sittlichkeitsverbrechens. (Geheim.) — Mittwoch, 11. Mai. Vormittags 9 Uhr gegen den Kaufher Paul

Hermann Mammisch aus Weida und die Arbeiterin Anna Selma Friedrich aus Zeithain wegen Meineids. — Donnerstag, 12. Mai. Vormittags 9 Uhr gegen den Maschinenschlosser Hermann Paul Neumann aus Teuben wegen Brandstiftung und Mordanschlag. — Freitag, 13. Mai. Vormittags 9 Uhr gegen den Kaufmann Johannes Ernst Bolter aus Zeitz wegen betrügerischen Bankrotts. — Vormittags 11 Uhr gegen die Arbeiterin Wilhelmine Ida Bachmann geb. Kullrich aus Eschschönberg wegen Falschung einer inländischen öffentlichen Urkunde. — Vormittags 11 Uhr gegen die Kaufmännin Ernestine Emilie Richter aus Krumhermersdorf wegen Meineids. — Sonnabend, 14. Mai. Vormittags 9 Uhr gegen das Hausmädchen Pina Ida Metesch aus Jehren, den Bäckergehilfen Rudolf Karl Horzka aus Sagemitz, die Kassierin Anna Marie Elisabeth vetter, Tisch geb. Kupprecht aus Treddner und die Vermieterin Selma Verta geb. Schönfeld geb. Baum aus Treddner wegen Abtreibung der Leibesfrucht, Anstiftung und Beihilfe dazu. (Geheim.)

Schauspiele der Erde. Diese kinematographischen Vorführungen des Vereins Bild und Wort werden an den Nachmittagen bis mit 8. Mai auf Empfehlung des Schulausschusses klassenweise von Schülern der Bezirks- und Bürgerhöherer Schulen besucht. Der 8. Mai nachmittags (Sonntag) ist in der Hauptsache für Mitglieder der Gewerkschaften und verschiedener Volksbildungsvereine aufbewahrt. Bei starkem Andrang können auch mittags um 1 1/2 Uhr Volks- und Schüler-vorstellungen eingelegt werden. Abends finden die Vorstellungen nur am 6. und 8. Mai, nicht Sonnabend den 7., statt. Alle Schüler- und Vereinsbesuche usw. sind nur im Vorverkauf (Invalidentank) anzumelden.

Vertugung einer Wasserleiche. Am Himmelfahrtstage wurde oberhalb der Matienbrücke ein etwa 60 Jahre alter, außerordentlich großer und kräftiger Mann aus der Elbe gezogen. Der unbekante Tote trug Arbeiterkleider und hat noch nicht lange im Wasser gelegen. Der Leichnam wurde nach dem St.-Pauli-Friedhof gebracht.

Selbstmordversuch. Der Arbeiter Richter brachte sich am Mittwoch in einem an der Hölterbrücke gelegenen Schrebergarten fünf Revolverkugeln an der Schläfe bei. Er traf sich aber schlecht und erreichte sein Ziel nicht. Schwere Verletzung wurde er in die Heil- und Pflanzanstalt gebracht. Infolge miltärischer Familienverhältnisse war der Mann des Lebens überdrüssig geworden.

Bei der Arbeit verunglückte am Mittwoch in der fünften Nachmittagsstunde der 25 Jahre alte Fensterputzer Kose auf dem Neustädter Bahnhof. Er brach versehentlich durch eine Glascheibe und stürzte etwa sechs Meter hoch auf die Steinfliesen herab. Er blutete heftig aus tiefen Schnittwunden und zog sich auch innere Verletzungen zu, die seine Unterbringung im Friedrichstädter Krankenhaus erforderlich machten.

Gewerbegericht.

Am 18. April sperrte die Firma Viehloh u. Komp. G. m. b. H. die Hochlager und Arbeiter Burgmann, Mühlke, Herzog, Pöschel, Reimann und Kupfer aus. Zu ihrer Kündigung nicht dreiundzwanzig, sondern die sechs Kläger je 47,60 M. bzw. 48,79 M. Lohnentschädigung. Die Kläger sowie die Besagte sind organisiert. Die Besagte beruft sich darauf, daß der Kündigungsausschluß in der Arbeitsordnung vermerkt sei. Die Arbeitsordnung hängt in der Arbeitskassette aus, sie sei auch den Klägern ausgehändigt worden. Im übrigen beruft sich die Besagte darauf, daß in diesen Verufen ganz allgemein keine Kündigung bestche. Demgegenüber machen die Kläger geltend, für sie komme der Tarif — der allerdings Kündigung ausschließt — nicht in Frage, denn die Firma habe die übrigen Tarifbestimmungen nicht eingehalten. So hätten sie 9 Pf. die Stunde weniger erhalten, als der Tarif fordere; die Arbeitszeit war eine Stunde länger als die tariflich festzulegende und statt der tarifmäßigen achtstündigen Lohnzahlung bestand bei dem Besagten die 14stündige. Von einem Aushängen der Arbeitsordnung hätten sie keine Kenntnis gehabt, wenigstens habe man sie nicht darauf aufmerksam gemacht, und die Arbeitskassette sei ferner geschlossen. Das Gericht forderte zudem, daß die Arbeitsordnung jedem ausgehändigt würde, sie müßten das aber in Absche stellen. Ein Angeklagter will beides, daß er drei der Kläger die Arbeitsordnung ausgehändigt habe. Er vermute, daß dies auch bei den übrigen geschah, könne es aber nicht behaupten. Die Besagte gestaltete sich demnach so, daß der Tarif hier nicht in Frage kommt, die angeklagte ausschließende Arbeitsordnung aber nicht als rechtskräftig betrachtet werden kann. Würde der Zeugeneid, dann bekämen also drei Kläger die geforderte Entschädigung und die anderen drei gingen wahrscheinlich leer aus. Die Parteien einigen sich deshalb dahin, daß jeder der sechs Kläger 23,80 M. Entschädigung erhält.

Eine für die gegenwärtige Aussperrung der Bauarbeiter dringliche Entscheidung fällte das Gericht in den Klagen der Bauarbeiter Benebdikt Glaunziger und Werner gegen die Firma Herlenberger und Döhler wegen 13,23 M., 5,88 M. und 13,23 M. Lohnentschädigung. Hier spielte das bekannte Kündigungsschreiben der aussperrenden Unternehmer eine Rolle. Den Klägern wurde damit am 2. April für 15. April gekündigt. Das Kündigungsschreiben enthält die Bedingung, daß die Kündigung nur dann wirksam ist, wenn zwischen den beiden Verbänden vorher keine Einigung erfolgt. Am 12. April wurden die Kläger ausgesperrt. Sie sagen nun, durch das Kündigungsschreiben sei ihnen ein neuer Arbeitsvertrag angegetragen worden, das heißt, daß die Besagte bis zum 15. April von ihrem bisherigen Rechte der sofortigen Entlassung keinen Gebrauch machen sollte. Sie beweisen dabei auf die Tatsache, daß andere Firmen das Kündigungsschreiben auch in diesem Sinne ausgelegt haben. Das war in den Fällen, wo die Arbeiter vor dem 15. April das Arbeitsverhältnis lösen wollten. Das Gericht entschied jedoch, daß das Kündigungsschreiben als bedeutungslos anzusehen habe. Nach der Natur der Sache ist das Kündigungsschreiben nicht an Bedingungen geknüpft worden, deren Erfüllung außerhalb der Macht der vertragsschließenden Parteien liegt. Durch die Aufnahme dieser Bedingung sei das ganze Kündigungsschreiben juristisch wertlos geworden. Es liege mithin eine mißwöhnliche Verlängerung des Tarifvertrages vor, und wie die übrigen Tarifbestimmungen über Lohn und Arbeitszeit weiter für die Zeit nach dem 31. März ausreichte erhalten wurden, gelte auch der Kündigungsausschluß weiter. Die Kläger lehnen ihre Klagen zurück.

Mehrere andere Klagen von Bauarbeitern wegen Lohnentschädigung erledigten sich bei gleicher Sachlage in derselben Weise. (Vorlegend: Gemeinderichter Dr. Großer. Unternehmerbefugter: Konditorobermeister Hüllert und Fabrikant Wierling. Arbeiterbefugter: Schriftfeger Reichendach und Maschinist Weig.)

Aus der Umgehung.

Modry. Morgen Sonnabend den 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthof öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Flaenscher Grund. Die Verwaltung der Gemeindeverbandes Elektrizitätswerk für den Flaenschen Grund hielt am Mittwoch in Wagners Gasthof, Teuben, eine Sitzung ab, zu der 100 Vertreter der zum Verbande gehörigen Gemeindevorkaltungen (Kabenau, Tharandt, Teuben, Vostschappel, Niederbühls, Hansberg, Söhnmannsdorf, Sömmerdorf) anwesend waren. Zunächst wurde der Entwurf eines neuen Verbandesgesetzes in der vom Verwaltungsrat dargelegten Fassung genehmigt. — Weiter wurde die Erweiterung der Stromerzeugungsanlagen durch Erschließung von Wasserkräften einschließlich Kroatenerz betonen. Gemeindevorstand Hubert gab hierzu Bericht. Das Elektrizitätswerk Flaenscher

Grund hatte sich in den letzten Jahren einer freien Entwicklung erfreuen. 24 Gemeinden des Flaenschen Grundes besitzen Elektrizität und Lichtwerke zu verhältnismäßig billigen Preisen. Die Energie erzeugt gegenwärtig eine im vorigen Jahre betragene Anzahl von 1000 Pferdekraften, die für weitere Entwicklung der Stromerzeugungsanlagen vorzuziehen ist. Der Verwaltungsrat stellt nunmehr den Antrag, diese Anstalten auszuweiten. Die Erweiterung der Stromerzeugungsanlagen vorzuziehen ist. Der Verwaltungsrat stellt nunmehr den Antrag, diese Anstalten auszuweiten. Die Erweiterung der Stromerzeugungsanlagen vorzuziehen ist. Der Verwaltungsrat stellt nunmehr den Antrag, diese Anstalten auszuweiten.

Nach rechtlicher Aussprache wurde der Antrag an Energie erzeugung einstimmig zum Beschluß erhoben. Die Besagte werden Verwaltungsrat ein Kredit von 500.000 M. gewährt. — Dem Verwaltungsrat wurde ebenfalls zugestimmt. — Ferner genehmigte man eine Tabelle, die für regelmäßigen Strombezug Kabottage geschied. wählte man den ersten Ingenieur Friedrich als Gemeinderichter neben einer Kantiere soll er 4500 M. bezogene, steigend in jahren jährigen Zulagen von 300 M. bis zu 6000 M.

Bei Gelegenheit der allgemeinen Kreisversammlung der anwesenden Arbeitervertreter, die Lohnsätze der Elektrizitätswerke beschäftigten Arbeiter um 5 Pf. für die Stunde aufzubessern. Es wurden die Löhne, die für die unterzogen und besonders betont, daß die hohen Löhne für die Klagen des Berufs das Verlangen auf Erhöhung der Arbeitslohnne rechtfertigen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Verwaltung sich schon damit befaßt habe, Aufbesserungen einzutreten. Die Besagte lassen kann, wurde der Antrag einstimmig als Beschluß diese Körperlichkeit weitergegeben. Einem weiteren Wunsch von Besagte den Sonntagabend 24. vorzunehmen. Der Verwaltungsrat besteht aus den Gemeindevorkältern und Vertretern aus den Gemeindevorkältern. Zurzeit gehör es nur ein (anfänger) Arbeitervertreter aus Niederbühls an. Es wäre gewünscht, daß bei diesen Betrieben, wo viele Arbeitervertreter Frage kommen, die Gemeinderäte bei der Wahl zum Verwaltungsrat den Arbeitervertretern ein größeres Recht einräumen möge werden auch die Arbeiter mehr Zutragen haben. Die Verwaltung wurde ebenfalls als mangelhaft bezeichnet, die meisten Gemeindevorkaltungen erfahren von den Vorgängen im Verwaltungsrat durch die Vertreter nicht.

Dölkchen. Ein von Postschappel kommender Radfahrer stürzte auf der Treddner Straße so unglücklich, daß er gerade unter die Straßenbahn zu liegen kam, wobei er sich schwere Beinverletzungen zuzog. Der Verunglückte wurde mittels Straßenbahn nach seiner Wohnung gebracht.

Postschappel. Ein hiesiger junger Radfahrer rannte in der Nähe der roten Schenke mit seinem Rade gegen einen Straßenbahnwagen. Der junge Mann kam zu Falle und erlitt einen Armbruch. Das Rad wurde vollständig zerstört. Hilfsbereite Männer brachten den Verletzten nach der elterlichen Wohnung an der Bachstraße.

Klösch. Die seitigen Wünschen aus Kreisen der Besucher des im Brieznighrunden gelegenen Lust- und Schwimmbades entsprechend, hatte der Gemeindevorstand beschlossen, es 1. Mal in der Damenabteilung an Sonntagen besuchtwürdigen Familienbäder einzuführen. Hiergegen hat die Bauverwaltungsverwaltung Einspruch erhoben. Als Grund wird angegeben, daß die Anlage des Bades dazu „nicht geeignet“ sei. Nach den Vertragsbestimmungen mit der Gemeinde Klösch bedarf jede Veränderung in der Benutzung des Bades der Zustimmung der Ortsverwaltung. — Mit der Erbauung der vom Landtag schon lange genehmigten elektrischen Straßenbahn vom Hofstad nach dem Schönhöfel ist deshalb noch nicht begonnen worden, weil das Finanzministerium noch seinen offiziellen Bauantrag erteilt hat. Die Vorarbeiten hierzu sind noch nicht erledigt. Im Interesse der Gemeinde Klösch sowie der sich licher entwickelten Gartenstadt Hellerau wäre sehr zu wünschen, daß der Amtschimmel eine etwas schnellere Gangart annähme.

Nächsten Sonnabend, abends 7 Uhr, findet im Gasthof öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

Wirkt. Heute Freitag den 6. Mai, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatsitzung im Gasthof, Zimmer 1. Etage, statt.

Gerichtszeitung.

Landgericht. Ein Lehret als Betrug. Der „Ankaltredirektor“ Otto Bruno Schmidt ist beschuldigt, sich als Inhaber und Leiter eines Lehrentalt in 43 Fällen durch falsche Vorpiegelungen Gelder von 100 bis 200 M. verschafft zu haben. Ueber den Abgang von Herrn Direktors hören wir folgendes: 1890 in Gredndorf bei Sagan geboren, besuchte er die Volkshule in Sagan, dann mehrere Lehrjahre an Orten, bevor er in seinem derselben bis zu einer Prüfung. Er lehnte Geldmittel des Weiterstudium nicht einstant, will er als Privatlehrer und Schriftsteller tätig gewesen sein. Um auf Aittergütern eine hultier- oder Sekretäre zu erhalten, nahm er einen Pseudonymen Unterricht an der landwirtschaftlichen Schule zu Polle. Nachdem er mehrere Stellen auf Aittergütern abfolbert, gründete er Ende 1905 in Preußen in der Raufy eine landwirtschaftliche Reamenschule. Er gleich Schmidt kein Ozamen abgelegt hatte, schickte er Pöschel in die Welt, nach denen seine Lehrentalt in 31 Unterrichtsformen abgab. Ausbildung für landwirtschaftliche, landwirtschaftliche und allgemeine Reammen garantiert. Juni 1907 stelte der Angeklagte mit Lehrentalt nach Oberdichting ab. Anfangs hatte er den Unterricht ohne Entgelt, dann engagierte er mehrere Lehret, mit denen er aber wenig Glück hatte. Der erste hatte in Frankfurt a. M. eine mehrlährige Schulstrafe hinter sich. Der Strafregisterauszug wies 30 Strafen auf, war notorischer Trinker und vielach wegen Landfriedens, Falschbeweis im Arien, Erregung öffentlicher Ketzermissen, aber auch Lehret wegen Betrugs und Diebstahls vorbestraft. Der demnächstige Lehret war lebensfalls ein Oberförster außer Dienst, welcher die fortwährendlichen Wissenschaften lehrte. Auf den ausgefandenen Schulstellen wurden Schülern in Aussicht gestellt, daß sie von einer amtlichen Prüfungskommission examiniert und von diesen auch Zeugnisse ausgestellt werden und Stellen nachgewiesen erhielten. Es blieb rätselhaft, wie die Sache so lange gehen konnte. Ende August wurde die Amalt polizei lich geschlossen. Eine große Reihe Schüler und deren Eltern wollten sich betrogen, andere waren mit der erhaltenen Ausbildung zufrieden. Der Betrugprozess nahm eine große Ausdehnung an, indem 123 Zeugen, teils vor Gericht, teils kommissarisch vernommen wurden. Auf den betreffenden Protokollen ging hervor, daß die Vernehmung von

Einstellung
Stellung er
genigen mi
genen. Rach
der Meinung,
selbst beh
der Direkto
ein Hädt
wird und en
Widtrufe ab

ündung ein
portge
a auher
arbeiter

Bekande
von zu groß
Fortdritte
Schluß der
gruppen umf
Konzentrat
gemeiner zu
greicher mo
er einzelnen
müssen die
Schicklichke
Das Prinzip
verwaltungs
Schicklichke
weniger A
folgt, die Not
werden. L
ur Grenzstre
beginn: Di
inbar in der
zu großen
gen General
erwanden Be
nungen befe
the Organis
menschlusse
in diesem Ja
Zusammen
118 x a b e i
Bauarbeiter
weil diese
erweiterband
in hohem U
lung! Dem
ohne in W
anschlüssen
und die Stuf
in absehbar

Den jenen
Vorforgarise
des hinuus
werden f
arbeiter.
grohen 2
port- und
Der Geb
von mödhten
im Jahre 190
prinzipiell
auch die G
kam es aber
Die ihre U
meldung h
postarbeiter
in denen D
fandener
wurde aw
vom Bech
Reiter sein
Verhandlung
neue Verh
gen, aber es
daß die Bes
ih man die
neß und so
die Vertret
gen, in der
ert wurden.
den dann
in die G
ligen Einbe
in Lande
Reudionen
derung der
aufhofersg
ste.

Als Grund
Kantation gilt
a) die Dr
b) die Bez
c) die Be
d) zentrale
e) und unter
f) die Be
g) die Be
h) die Be
i) die Be
j) die Be
k) die Be
l) die Be
m) die Be
n) die Be
o) die Be
p) die Be
q) die Be
r) die Be
s) die Be
t) die Be
u) die Be
v) die Be
w) die Be
x) die Be
y) die Be
z) die Be

In den welt
nung beg
endes sowie
soll die neu
en Deutcher
in haben. Da
Transporbar
in V. pro B
Wesum um
Staat 1,75
bliche Person
die anderen.
nämliche Wit
§ 1. für mel
der Erhdum
die Mitglieder
geleitet.
Für die W
mungen in
nungen für

Einflusszeugnisse eine gut bezahlte land- oder forstwirtschaftliche Erhaltung haben, und daß die erworbenen Kenntnissen... Nach den Prospekten waren die Jünger und die Angestellten... die Prüfungskommission sei eine staatliche und die selbst behördlich konstituiert. Als Prüfungskommission der Direktor, einer der Lehrer, der Oberlehrer a. D. und ein händeltlicher Hofmann. Die Jünger erhielten sämtliche Zeugnisse. Die Verhandlung nahm volle vier Tage und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu sechsmonatlicher Haft.

Gründung eines Industrieverbandes für das Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande.

(außerordentlichen Verbandstagen der Transportarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute.)

K. Hamburg, Anfang Mai 1910.

Der Gedanke des Zusammenschlusses gewerkschaftlicher Organisationen zu großen Industrieverbänden macht immer Fortschritte. Die kapitalistische Konzentration — der Zusammenschluß der Unternehmer zu großen, mehrere verwandte Gruppen umfassenden Verbänden — drängt zur gewerkschaftlichen Konzentration. Auf dem Gebiete der Organisation sind ja in der letzten Zeit dem Beispiel der Gewerkschaften gefolgt, die Unternehmer machten aber schnellere Fortschritte im Zusammenfassen einzelner Berufsgruppen, als die Arbeiterorganisationen, die die Gewerkschaften den Unternehmern in der Form der Kampforganisation folgen und sind schon gezwungen, das Prinzip der Industrieverbände wieder in der deutschen Gewerkschaftsbewegung selbst zu verfolgen. Auf allen Kongressen seit dem Herbst im Jahre 1892 ist mit der Idee der Zusammenfassung der Industrieverbände gearbeitet worden. Und der Hamburger Gewerkschaftskongress 1908 zur Grenzzeitungsfrage eine Resolution an, die mit dem Inhalt: „Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden.“

Im vorigen Jahre hat ja eine ganze Reihe Organisationen Generalversammlungen die Frage der Verschmelzung einzelner Verbände recht eifrig debattiert und auch Beschlüsse gefaßt. Und in diesem Jahre wird ebenfalls eine Reihe von Organisationen auf dem Wege der gewerkschaftlichen Verschmelzung folgen — oder sind schon gefolgt. Gleich in diesem Jahre tagenden Gewerkschaften haben den gemeinsamen Zusammenschluß beschlossen: die Maurer und die Zimmerer. Gerade diese Verbindung, die Gründung eines Bauarbeiterverbandes, verdient eine besondere Erwähnung, weil diese Verschmelzung nur durch die Tatkraft der Gewerkschaften durchgeführt wurde — waren doch noch vor ein paar Jahren Leiter des Bauarbeiterverbandes gegen die Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverband werben sich bemüht in Wäldern noch weitere Organisationen des Baugewerbes anzuschließen. Die Nachbeter beschloßen ja die Verschmelzung und die Statuten und vielleicht auch noch die Statuten in absehbarer Zeit wohl folgen.

Man sieht hier wieder vor einem Zusammenschluß von Gewerkschaften, der sicher weit über den Rahmen der beiden hinaus Weisung und Interesse findet. In der zweiten Hälfte werden sich zu Hamburg die Verbände der Transportarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute zu einem großen Industrieverband aller deutschen Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu Wasser und zu Lande. Der Gedanke der Verschmelzung dieser drei Verbände ist nicht neu. Schon im Jahre 1906 stellten sich die Verbände aller drei Berufsgruppen auf den Boden des Industrieverbandes und 1906 auch die Grundlage für den Industrieverband geschaffen. Aber es war zu Differenzen zwischen den einzelnen Verbänden, die ihre Ursache in Grenzzeitungsfragen hatten und die die Verschmelzung hinausdrückten. Auf der Generalversammlung der Transportarbeiter im vorigen Jahre zu München kam es wegen der verschiedenen Differenzen zu heftigen Auseinandersetzungen mit Vertretern der Seeleute und Hafenarbeiter. In einer Resolution wurde zwar dann ausgesprochen, daß die Grenzzeitungsfragen dem Verbande der Hafenarbeiter und dem der Transportarbeiter kein Hindernis für die Fortführung der Zusammenfassungsverhandlungen sein dürften, und auch der Vorstand beauftragte Verhandlungen mit den Hafenarbeitern und Seeleuten einzuleiten, aber es schien damals sehr wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß die Verschmelzung bald zustande käme. Um so erfreulicher nun die Tatsache, daß die Zusammenfassungsverhandlungen auch und so gedeihlich geführt wurden. Am 10. Oktober v. J. wurde der Vertreter der drei Verbände zu einer Konferenz zusammen, in der die Differenzpunkte durch gegenseitige Erklärungen beseitigt wurden. Die endgültigen Zusammenfassungsverhandlungen fanden dann am 13. Dezember v. J. In diesen Beratungen wurde die Grundzüge für den Aufbau und die Einrichtungen der neuen Einheitsorganisation der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande festgelegt. Nach einer umfassenden Aussprache über die Grundzüge der neuen Organisation gelangte folgende, die Verschmelzung der Einheitsorganisation und Zusammenfassung der verschiedenen Verbände betreffende Entschliessung zur einstimmigen Annahme:

Als Grundlage für den Aufbau der zukünftigen Einheitsorganisation gilt:

- Die örtliche Gesamtmitgliedschaft mit einheitlicher Organisation und Leitung. Die Bildung besonderer Berufsgruppen innerhalb der örtlichen Gesamtmitgliedschaft ist zulässig;
 - Die Bezugs- bzw. Gewerkschaftsorganisation;
 - zentrale Berufsgruppenleitung nach vorhandenem Bedürfnis und unter Zustimmung des Hauptverbandes.
- Für die Berufsgruppen a) der Hafenarbeiter, b) der Seeleute sind besondere Verwaltungsabteilungen innerhalb der Zentralleitung des Gesamtverbandes einzurichten. Die Leitung derselben liegt in den Händen von je einem aus diesen beiden Gruppen entstehenden beiderseitigen Vorstandsmittgliede. Diesen Gruppen ist für die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten je ein Vertreter, dem Hauptvorstande zu bestimmende, beiderseitige Hilfskräfte beizugeben, welche ebenfalls der Berufsgruppe angehört haben.

In den weiteren Verhandlungen wurde auch eine drittelige Uebernahme bezüglich der statistischen Grundlagen des zukünftigen Verbandes sowie der Uebergangsbestimmungen ergriffen. Am 1. Juli wird die neue Einheitsorganisation in Kraft treten. Sie soll den Namen „Deutscher Transportarbeiterverband“ führen und den Sitz in Hamburg haben. Das allgemeine Statut entspricht dem bisherigen Statut des Transportarbeiterverbandes. Es wird aber eine Beitragserhöhung von 50 Pf. pro Woche vorgeschlagen. Weiter eine Erhöhung des Einheitsgeldes um 50 bzw. 25 Pf. Das Beitragsgeld soll nach dem Einkommen 1,75 M. für männliche und 75 Pf. für weibliche und für alle anderen Personen betragen (bisher 1 M. für die einen und 50 Pf. für die anderen). Der wöchentliche Beitrag soll so festgelegt werden: für männliche Mitglieder in Beitragsklasse 1: 50 Pf., 2: 45 Pf. und für weibliche und männliche jugendliche Mitglieder 25 Pf. Die Erhöhung des Einheitsgeldes und der Beiträge sind eine der wichtigsten Punkte der Verhandlungen und haben diesbezügliche Verhandlungen nicht einverstanden und haben diesbezügliche Verhandlungen nicht einverstanden und haben diesbezügliche Verhandlungen nicht einverstanden.

Für die Wonnenschiffer, Fischer und Seeleute sind noch besondere Bestimmungen (Ergänzungen zum Statut) erlassen worden. Bei den Verhandlungen für die Wonnenschiffer und Fischer wird einleitend gesagt: „Diese besonderen Bestimmungen haben den Zweck, den Wonnenschiffern und Fischern die Möglichkeit zu geben, sich innerhalb der Gesamtorganisation eine auf ihre beruflichen Verhältnisse und Eigenarten zugeschnittene Organisationsform und Verwaltung zu schaffen und dementsprechend eine Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten und durchzuführen und durch gemeinsame Aktionen auf die Verbesserung ihrer Lebenslage hinzuwirken.“ In den Bestimmungen über die Beitragsklasse 2 gleichwertigen Beitrag, und zwar für 44 Wochen, pro Woche 50 Pf., zahlen Beitragsfrei sind die Monate Januar und Februar. Sonst beträgt der Beitrag in Klasse 2 nur 45 Pf. Also dadurch, daß diese Kategorie Mitglieder 50 Pf. pro Woche bezahlt, braucht sie nur für 44 Wochen Beiträge zu entrichten. Diese Mitglieder haben aber während der Beitragsfreien Zeit einen Anspruch auf Gewerkschaftsunterstützung nur dann, wenn die Gewerkschaftsunterstützung durch Krankheit hervorgerufen ist, und nur während der Dauer der Krankheit. Für sie wird aber, ebenso wie für die Seeleute, eine besondere Unterstützung bei Verlust der Effekten, bei Sparte, Feuer an Bord usw. eingerichtet. Bei Wahlen zum Verbandstag bilden die Mitglieder der Wonnenschiffer und Fischer besonders in sich abgeschlossene Wahlabteilungen. Für die fernwärtigen Mitglieder beträgt der Beitrag 50 Pf. pro Woche (wie Klasse 1) für die Dauer von 52 Wochen im Kalenderjahre. Sie haben Anspruch auf die Unterstützungsätze für die 1. Beitragsklasse. Eine Änderung der besonderen Bestimmungen ist nur zulässig, wenn das Gesamtstatut geändert wird.

Der Delegierten der Transportarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute, die am 8. Mai im Hamburger Gewerkschaftshause zusammengetreten, hat reichlich Arbeit. Zunächst werden sie in Sonderabteilungen der Geschäftsberichte ihrer Vorstände und die Berichte über die Zusammenfassungsverhandlungen usw. entgegennehmen und dann, wenn die Verschmelzung beschlossen ist, in gemeinsamer Beratung das Statut für den neuen Verband festlegen. Ihren Verhandlungen dürfte abseits mit großem Interesse entgegengelesen werden. Mögen die Beschlüsse der Tagungen zum Segen der Transportarbeiter und der gesamten deutschen Arbeiterbewegung sein.

Der Kampf im Baugewerbe.

Der Umfang der Aussperrung im Baugewerbe.

Jetzt ist das Kampffeld klar genug, um die Stellung der Parteien genauer zu erkennen. Von den Arbeiterverbänden liegen jetzt auch zuverlässige Angaben über die Zahl der ausgesperrten Arbeiter vor. Der erste Eindruck, den diese Zahlen hervorrufen müssen, ist der, daß die Aussperrung weit hinter den Voraussagen der Unternehmer zurückgeblieben ist. Man erinnere sich der Erklärungen des Unternehmerverbandes, 300 000 Arbeiter und mehr sollten auf die Straße kommen. Diese Illusionen sind erledigt. Hier das Resultat der Aussperrung nach den Feststellungen der Arbeiterorganisationen. Von den 1040 Zweigverbänden des Maurerverbandes wurden in 528 mit 127 192 Mitgliedern 64 361 Mitglieder ausgesperrt. Von diesen sind abgereist oder in andere Arbeit getreten 6114, im Baugewerbe sind wieder in ein Arbeitsverhältnis getreten 7513, so daß sich am 27. April 50 734 ausgesperrte Verbandsmitglieder zur Kontrolle meldeten.

Vom Zimmererverband liegt ein ganz abschließendes Resultat noch nicht vor. Aussperrt ist in 423 Verbandsstellen, die zusammen 37 712 Verbandsmitglieder umfassen. Davon machten 301 Verbandsstellen, die zusammen 36 422 Verbandsmitglieder umfassen, die nähere Angabe, daß zusammen 21 560 Mann ausgesperrt seien. Stellen mit in Berücksichtigung dieses Umfanges für den Zimmererverband 22 500 Aussperrte in Rechnung, dann haben wir damit reichlich hoch gerechnet.

Von den 403 Zweigverbänden des Bauhilfsarbeiterverbandes wurden in 269 Zweigvereinen nach der Feststellung vom 25. April 23 983 Mitglieder ausgesperrt, 43 651 Mitglieder stehen noch in Arbeit. Außerdem sind jetzt 5500 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt, die in anderen Verbänden Mitglieder sind. Vom Verband der christlichen Bauarbeiter wurden insgesamt 13 224 Mitglieder ausgesperrt. Danach hätte also der Unternehmerverband insgesamt 128 568 Mitglieder der Gewerkschaften aus der Arbeit bringen können. Reicht man aber die Zahl der durch den Eintritt in ein anderes Arbeitsverhältnis aus den Listen gestrichenen Arbeiter davon ab, so bleiben nur noch 115 941 Aussperrte übrig.

Diese Zahl wird nun natürlich fortwährenden Schwankungen unterworfen sein. Von den Aussperrten werden noch manche anderwärts in Arbeit treten, und andererseits werden durch die Wirkung der Materialsperrung neue Aussperrte hinzukommen. Es wäre heute müßig, zu untersuchen, ob der Zugang oder der Abgang dieser Zahl ist. Worauf es ankommt, ist, daß der Umfang der Aussperrung weit hinter den Erwartungen der Unternehmer zurückgeblieben ist. Nach der wenigen Tagen ließ der Arbeitgeberverband verbreiten, von der Aussperrung seien allein 186 000 Maurer und Zimmerer (also ohne Hilfsarbeiter) betroffen. Auf der ganzen Aufmachung jener Nachricht war zu erkennen, daß es sich dabei um ganz willkürliche Schätzungen handelte. Schließlich kann es den Arbeitnehmern wenigstens gleichgültig sein, wenn sich die Leitung des Arbeitgeberverbandes in dem Wahne wiegt, die Aussperrung habe wirklich jenen Umfang angenommen; sie täuscht sich dann wieder einmal über die wirkliche Lage, wie sie es schon so oft getan hat.

Diese Feststellungen werden dem Arbeitgeberbunde natürlich sehr unangenehm sein. Er hat den schwankenden Unternehmern immer vorangerechnet, die Aussperrung würde so groß werden, daß die ganze Geschichte in wenigen Wochen mit der Wiederlage der Arbeiter beendet sein würde. Viele Unternehmer haben sich nur im Vertrauen auf einen solchen Ausgang an der Aussperrung beteiligt. Nach diesen Zahlen dürfte es auch dem Einsichtsvollen klar werden, daß solche Hoffnungen eitel sind. Nach den Verhältnissen des Arbeitgeberbundes sollte der Kampf in sechs Wochen zu Ende sein. Jetzt ist man aber auch dort schon etwas beschleunigter geworden und rechnet mit der Möglichkeit einer längeren Dauer. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß sich der Kampf sehr in die Länge ziehen wird. Die Bauarbeiterschaft braucht sich daher nicht zu fürchten. Ihre Organisationen sind gut fundiert und ihre Opfermut ist groß. Ebenso glänzend aber wird sich die opferwillige Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft bei den eingeleiteten Sammlungen erweisen. Die Arbeiterschaft aller Berufe wird, wie wichtig es für sie ist, diesen Vorstoß des Scharfmachertums abzuwehren. Sie wird darum das Ihrige tun, um der Bauarbeiterschaft den Sieg zu sichern.

Angelieder der Bauunternehmer-Scharmacher.

Daß die Materialsperrung schlecht funktioniert, geht auch aus folgendem Zirkular, das uns zugeandt wurde, hervor. Es zeigt zugleich die Unverantwortlichkeit der Unternehmer, mit Zwang und Erpressung gegen die vorzugehen, die sich ihrem Rechtswort nicht fügen. Das Zirkular lautet:

Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Dresden. Dresden, den 30. April 1910. Geschäftsführer: Grunauer Str. 45 I. Fernsprecher 19147.

Trotz größten Entgegenkommens unsererseits ist es uns leider diesmal nicht gelungen, mit unseren Arbeitnehmern zu einem neuen Tarifvertrag zu kommen. Wir haben uns deshalb gezwungen gesehen, den Kampf mit den organisierten Gewerkschaften aufzunehmen und seit 18. April unsere sämtlichen Betriebe stillzulegen.

Die unserem Verbande angehörenden Lieferantenmitglieder sind durch den Beschluß der Aussperrung laut Verbandsstatut gezwungen, ihre sämtlichen Materiallieferungen nach Bauten, auf denen organisierte Bauarbeiter beschäftigt werden, einzustellen. Diese Lieferanten erleiden jedoch dadurch Schaden, daß von seiten anderer nicht unserem Verbande angehörender Lieferanten, trotz an dieselben seitens des Verbandes gerichteter Aufforderung zur Einstellung der Lieferungen, Materialien weiter geliefert werden. Sie müssen deshalb dadurch geschädigt werden, daß diese weiterliefernden Firmen nach Beendigung der Sperrung von Lieferanten an Verbandsmitgliedern ausgeschlossen werden.

Außerdem haben die Führerrennung zu Dresden, die Schutzgemeinschaft der Lohnsubunternehmer von Dresden und Umgebung, der Verein sächsischer Holzindustriellen, der Verein der Trägerlieferanten, die Ziegel-Konvention und verschiedene derselben nicht angeschlossene Ziegeleien, viele Kalkwerke u. a. sich verpflichtet, keinerlei Lieferungen oder Leistungen für Bauten, auf welchen organisierte Bauarbeiter beschäftigt sind, ohne Genehmigung des Arbeitgeberverbandes auszuführen.

Falls Sie führen bei Lieferungen für Bauten, auf welchen organisierte Arbeiter beschäftigt sind, während der jetzigen Sperrdauer ausführen, so richten wir an Sie hiermit das höfliche Ersuchen, diese Lieferungen entweder ganz einzustellen oder nur auszuführen, wenn Ihnen hierzu die schriftliche Genehmigung des Arbeitgeberverbandes erteilt wird.

Es liegt dies auch durchaus in Ihrem Interesse, denn wie Sie aus nachstehendem Beschlusse erkennen wollen, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, nach Beendigung der Aussperrung nur diejenigen Fuhrwerksbesitzer und Lieferanten, die im gegenwärtigen Kampfe ihm treu zur Seite gestanden haben, zu berücksichtigen.

Beschluß.

„Die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe zu Dresden sind verpflichtet, von denjenigen Lieferanten von Baumaterialien und denjenigen Fuhrwerksbesitzern, die während der Dauer der jetzigen Stilllegung der Bauten im Baugewerbe ohne Genehmigung des Arbeitgeber-Verbandes Material liefern oder Fuhrren ausführen, nach Aufhebung der Sperrung auf die Dauer von drei Jahren weder direkt noch indirekt Materialien zu beziehen oder Fuhrren auszuführen zu lassen.“

In der Hoffnung, daß Sie unserm Ansuchen Rechnung tragen und uns in unserem Kampfe, welchen wir zugleich im Interesse aller Arbeitgeber führen, tatkräftig unterstützen, bitten wir Sie, die gleichfalls beiliegende Erklärung zu unterzeichnen und an unser Verbandsbüro — Dresden, K. Grunauer Straße 45 — umgehend zurückzusenden. Etwaiger Rat oder Auskunft in der vorbezeichneten Angelegenheit wird bereitwilligst in der vorbezeichneten Geschäftsstelle erteilt, und bitten wir Sie höflich, hiervon Gebrauch zu machen.

Geschäftsbüro des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe zu Dresden. Ernst Rood, Kgl. Holzammermeister, & Zi. Vorf.

Mit dreijähriger Sperrung sollen die Lieferanten und Fuhrwerksbesitzer bestraft werden, die sich nicht in ihrem Gewerbebetriebe durch Stilllegung ihres Geschäftes stören lassen wollen. Und dabei sind es die Unternehmer und ihre Presse, die stets über angeblichen Terrorismus der Arbeiter setzen. Die Bauarbeitersperrung liefert so viel Material gegen die Unternehmerorganisationen, daß sie nie wieder kommen dürfen mit derartigen Vorwürfen gegen die Arbeiterorganisationen.

Die „tapferen“ Vogenschützen.

Haben auf ihrer Generalversammlung nicht umhin gekonnt, auch zu dokumentieren, daß sie keine Feinde der Arbeiter sind, obwohl man das schon ohnehin wußte. Man verhandelte u. a. über die Verlegung des Vergeltungspens und des Wächterhauses. Ein Antrag des Vorstandes ging dahin, den Umbau des wächterhauses wenn irgend möglich noch in diesem Jahre und zwar noch vor Beginn der Vogelweide in Angriff zu nehmen und die Kosten in Höhe von ungefähr 10 000 M. zu bewilligen. Hauptächlich von der Seite der Aussperrung aus wurde dieses Vorhaben energig befürwortet, die Aussperrung könne in 14 Tagen beendet sein, könne aber auch vielleicht noch 6 bis 8 Wochen andauern. Die Vogenschützen hätten sich nicht dem Odium aussetzen, daß sie den Bauherren in den Rücken fallen möchten und zum Fortbruche verleiten wollten. In diesem gerechten Kampfe der Bauarbeiter gegen die Willkür möchte man den konservativen Charakter, den die Gilde selbst eingenommen habe, wahren. Nach langer Debatte gelangte der Antrag des Vorstandes mit der Erweiterung, daß der Bau nach Möglichkeit und in Berücksichtigung der Aussperrung noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden dürfte, zur Annahme. — Die anderen Punkte hatten kein öffentliches Interesse.

Von einer Körperschaft, die so wie diese auf die Sympathie des großen Publikums angewiesen ist, ein sehr einseitiges Verhalten. Man bezeichnet die brutale Aussperrung vieler Tausender von Dresdner Bürgern als gerecht. Nun, was war von diesen Leuten (schließlich anders zu erwarten. Wenn die Aussperrungsbesitzer Bauherren sogar die Vogenschützen auf ihrer Seite haben, kann ihnen doch wahrhaftig nicht fehlen.



Pflanzstr. 14, Tel. 3102.	Kesselforbler Str. 47 Tel. 4114.
Hauptstraße 4, • 2257.	Wettinerstraße 17, • 1635.
Wismarstraße 13, • 4162.	Rosenstraße 43 • 1735.
Höllnerstraße 12, • 2806.	Geschäftsstraße 27, • 4596.
Wienstraße 11, • 4871.	Torgauer Straße 40, • 1539.
Wartenbergstr. 24, • 4054.	Trompeterstraße 5, • 2967.
Pfotenbaurstr. 14, • 3970.	Kesselforbler Str. 18, • 4114.

Kontore, Lagerreien, Versand: Wölsnitzstr. 1. Tel. 1034.

Von lebendfrischen, soeben wieder direkt aus See eingetroffenen Dampferladungen:

- Große grüne Fett-Heringe 80 Pf. zum Braten, Kochen usw. 5 Pfund
- Prachtvoller 1-4 Pfündiger „Helg.“ Kabeljau 25 Pf.
- „Helg.“ Kabeljau, ohne Kopf 28 Pf. in prachtvollen fetten Fischen 5 Pfund
- Feinster, großer, silberblauer Schellfisch ohne Kopf 28 Pf.
- Seekarpen, 1-2 Pfund schwer, 25 Pf.
- Schellfisch, „Helg.“ 25 Pf.
- Moerlans, „Helg.“ von 1-8 Pfund 5 Pfund

Für die auswärtigen Käufer ist wegen Wegfallens der sächsischen Steuer das kilo noch 4 Pf. billiger.

Ausführlich gedruckte Kochrezepte gratis!

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102.

Dresden, Freitag den 6. Mai 1910.

21. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 4. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr.

Am Regierungstische: Minister des Innern Graf Bülow, Minister des Reichswirtschaftlichen Ausschusses Graf v. Helldorf, Minister des Reichsausschusses Graf v. Helldorf, Minister des Reichsausschusses Graf v. Helldorf.

Als erster Punkt stehen auf der Tagesordnung die Kap. 102 und 103 des ordentlichen Etats.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und Gesandtschaften. Die Deputation beantragt, bei Kap. 102 die Einnahmen mit 200 und die Ausgaben mit 21250 M., und bei Kap. 103 die Einnahmen mit 115800 M. zu bewilligen.

Abg. Anders (natl.): Namens eines großen Teils meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir uns durch die eingehenden Darlegungen des Ministers in der Deputation von der Notwendigkeit des Fortbestehens der Gesandtschaften in Berlin sowohl auch in Wien und München haben überzeugen lassen.

Abg. Endermann (Soz.): Wir werden gegen beide Kapitel stimmen, wir können keine Notwendigkeit für das Fortbestehen des auswärtigen Ministeriums und für die Haltung eigener Gesandtschaften anerkennen. Die Beziehungen der Bundesstaaten zueinander werden wirksam im Inland vertreten und gefördert; das auswärtige Ministerium ist nicht nötig, weil der deutsche Gesandte im Auslande die Interessen aller Bundesstaaten wahrzunehmen hat. Der sächsische Gesandte kann selbständig eigene Entschlüsse gar nicht treffen, er muß sich erst vorher mit dem Bundesrat ins Einvernehmen setzen.

Abg. Götthert (Forstsch. Volksp.): Auch wir haben große Bedenken, den beiden Kapiteln zuzustimmen. Was Kap. 102 anbelangt, so man allerdings nicht bestreiten können, daß auswärtige Angelegenheiten auch von unserer Regierung zu betreiben sind. Anders Kap. 103. Die Ausführungen des Ministers in der Deputation sind und in der Ansicht des Reichsausschusses, daß eine Notwendigkeit für den Fortbestand der Gesandtschaften nicht besteht. Wer objektive Urteile abzugeben muß, daß diejenigen Gelegenheiten, die die sächsischen Gesandtschaften erledigen, mit Rücksicht auf irgendwelche Anlässe oder auch von der Postfach mit besorgt werden können. Wieder kommen hier die Gesandtschaften in Wien und München in Betracht, deren Leistungen, soweit wichtige Interessen in Frage kommen, für das Staatsinteresse gleich Null sind. Ich beantrage, bei Kap. 103 die Ausgaben abzulehnen und nur die Summe von 43500 M. zu bewilligen. Es handelt sich darum, daß die Gesandtschaften in Wien und München zu streichen sind und nur die Berliner Gesandtschaft fortzubehalten bleibt. Es soll ein Ubergangsstadium geschaffen werden.

Minister Graf Bülow: Die drei Gesandtschaften sind unbedingt notwendig. Ihre Geschäfte nehmen auch ständig zu. Ihre Fortbestehen überdies auch im Interesse der Aufrechterhaltung unseres Ansehens notwendig.

Vizepräsident Opitz (konf.): Die Gesandtschaften dienen nicht nur dem Ansehen im Auslande, sie verfolgen auch nützliche Zwecke.

Abg. Dr. Sähnel (konf.) beantragt, den Antrag Götthert abzulehnen.

Darauf wird Kap. 102 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag Götthert wird mit 42 gegen 35 Stimmen abgelehnt und darauf mit denselben Stimmenverhältnis auch Kap. 103 genehmigt. Außer den Sozialdemokraten und Volksparteilern stimmen gegen das Kapitel Gesandtschaften noch die Nationalliberalen Metzke, Langhammer, Nischke, Hartmann und E. Kaiser.

Ohne Debatte wird in Schlussberatung Dekret Nr. 29, betr. den Nachtragsetat

in bloß angenommen. Weiter wird, auf Vorschlag des Reichsausschusses, auch Dekret Nr. 34, betr. Veräußerung des vormals militärischen Areals in Dresden-Südwest an die Stadtgemeinde Dresden, in sofortige Schlussberatung genommen und nach einigen Bemerkungen des Abg. Dettmer (natl.) genehmigt.

Darauf beschließt das Haus, mit den in den Jahren 1907 und 1908 vorgenommenen Veränderungen am Staatsgut sein Einkommen zu erklären und denselben, soweit solches verfassungsmäßig erforderlich, seine Genehmigung zu erteilen.

Zu Kap. 1 des Etats

Forsten

beantragt die Deputation die Einnahmen mit 15 104 000 M. und die Ausgaben mit 6 755 936 M. zu genehmigen, sowie die Petition der Forstwissenschaftler in Sendeburg bei Herrndorf auf Erhöhung der Wildschadenvergütungen für erledigt zu erklären.

Abg. Wähig (Soz.): Der Forstetat ergibt einen Ueberschuß von 8 1/4 Million Mark. Da ist es angebracht, sich die Lage der Forsten näher zu betrachten, da in diesen Gebieten herauswirtschäften. Die Bezahlung der Waldarbeiter ist eine außerordentlich schlechte, besonders im Vergleich mit den Beamten. Die kapitalistische Produktionsweise kommt auch bei der Waldwirtschaft zur Geltung. Der Etat gibt über die Verhältnisse der Waldarbeiter keinen Aufschluß. In der Deputation ist darauf hingewiesen worden, daß die Tagelöhne der Waldarbeiter seit 1900 um 25,6 Prozent gestiegen sind, die Stundenlöhne um 25,7 Prozent. Trotzdem ist es dringend nötig, die niedrigen Löhne weiter aufzubessern, denn bei aller Erhöhung sind sie jetzt niedriger als bei den Stundenlöhnen schwanken zwischen 25 bis 28 Pf. Mit solchen Löhnen kann sich der sächsische Staat absolut nicht halten. Nach einer Aufzählung aus Johannsberg sind erhalten: 14 Jahre alte Waldarbeiter den 14 Jahren nur 14 Pf., 18 Jahre alte den 20 Pf. und 20 Jahre alte Arbeiter 22 Pf. Stundenlohn. Ein Stundenlohn von 27 Pf. wird dort erst nach 20jähriger Dienstzeit erreicht. Interessant wäre es, zu erfahren, nach welchen Prinzipien die Erhöhung der Löhne stattfindet oder hier die Beamten wünschenswert sind. Ich halte allen Grund, daß die Staatsregierung dem Grundsatze folgt, daß sich die Löhne nach Angebot und Nachfrage zu richten. Einen solchen Standpunkt könnte ich allerdings nicht billigen. (Abg. Metzke (natl.): In den Konsumverhältnissen ist es nicht anders.)

Abg. Metzke (natl.): In den Konsumverhältnissen ist es nicht anders. Die Lohnaufbesserung der letzten Jahre hat zudem keineswegs eine Erhöhung der Lebenshaltung mit sich gebracht, weil die Lebensmittelpreise ebenfalls, vielleicht in noch höherem Maße gestiegen sind. In der Deputation haben meine Freunde versucht, eine Lohnermäßigung der Waldarbeiter zu erreichen, sie sind dabei aber von den anderen Mitgliedern im Stiche gelassen worden. Die Waldarbeiter beschwerten sich auch über die Art der Beförderung der Arbeiter und die Nichtbeachtung der Sonntage sowie darüber, daß im Alter die Löhne vermindert werden. Hier ist es gerade umgekehrt wie bei den Beamten. Diese erhalten Alterszulagen, bei den Arbeitern legt es Altersabzüge. Man muß einlaßen über die rechtliche Lage der Waldarbeiter. Dem Arbeiter wird nicht einmal sein Lohn in der verordneten Höhe garantiert, die Verluste des „Vohmannes“ sind von

den Arbeitern gemeinsam zu tragen. Die Regierung betrachtet die Lohnmänner als Mittelpersonen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Wie kommt aber die Wahl eines solchen Lohnmannes zustande? Der Lohnmann, der die Interessen der Arbeiter wahrnehmen soll, ist abhängig von der Willkür des Arbeitgeberverwalters, er ist kein Ertrag des Arbeiterausschusses, sondern die Karikatur eines solchen. Zu der Petition der Waldarbeiter hat sich die Regierung ablehnend verhalten, am liebsten würde man den Arbeiter, der sich gewagt hat, die Petition mit seinem Namen zu unterzeichnen, springen lassen. Glaube die Regierung doch, daß hier der feste Verband der Staats- und Gemeindearbeiter seine Hand im Spiele habe. Später stellte sich heraus, daß die Petition vom Reichs-Landwirtschaftlichen Verband ausgegangen war, da soll die Landesregierung etwas zurückgegangen sein. (Hellerkeit.) Ich kann aber sogar behaupten, daß die Petition vom Reichs-Landwirtschaftlichen Verband herkommt, es liegt also absolut kein Grund zur Beunruhigung vor. In dieser Verband doch das Schicksal der Regierung. Uebrigens sind von den Forderungen in der Petition bereits zehn Punkte längst erfüllt gewesen. Es ist demnach nicht einzusehen, warum die Regierung von der Petition so viel Wesens macht. Die Regierung hat zwar in der Theorie das Koalitionsrecht der Waldarbeiter anerkannt, in der Praxis sieht es aber ganz anders aus. Man erklärt wohl, die Waldarbeiter dürfen sich zu wirtschaftlichen Zwecken berechnen, eine wirkliche ernsthafte Organisation der Arbeiter wird aber auch heute noch von der Regierung in Acht und Bann getan. Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen, daß wir anständigen Lohn und anständige Behandlung der Waldarbeiter und Respektierung ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlangen! (Bravo! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Dr. Wähig: Die Forstverwaltung ist bestrebt, die Löhne der Waldarbeiter aufzubessern und letztere anständig zu behandeln. Was die Waldarbeiter-Petition anbelangt, so erkläre ich, daß von der Regierung jede Petition geprüft wird. Hier ist festgestellt worden, daß die Petition nicht von Waldarbeitern, sondern von einem Verbandsekretär ausgegangen ist. Von Waldarbeitern sind und direkt gar keine Wünsche zugegangen. Man muß auch berücksichtigen, daß die Waldarbeiter nicht jeden Tag arbeiten, sondern nur etwa zwei Drittel des Jahres. Deshalb lassen sich deren Löhne nicht mit denen der Fabrikarbeiter vergleichen. Die Waldarbeiter haben auch verschiedene Nebenverdienste, wie Holzhandels usw. Berücksichtigt man das alles, so erscheinen die Löhne der Waldarbeiter sehr angemessen. Das gleiche gilt vom Koalitionsrecht; es fällt uns gar nicht ein, den Waldarbeitern zu verbieten, sich zu wirtschaftlichen Verbänden zusammenzuschließen. Die Lohnmänner werden nicht unter Beeinflussung durch den Arbeitgeber gewählt. Uebrigens steht die Regierung der Errichtung von Arbeiterausschüssen durchaus nicht ablehnend gegenüber.

Abg. Metzke (natl.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Redner. Die Arbeiter wirtschaften nicht die 8 1/4 Million Mark heraus, das ist nach ganz anderen Faktoren mit.

Abg. Wähig (Forstsch. Volksp.) wünscht, daß die Regierung der Frage der Wildschäden mehr ihre Aufmerksamkeit zuwendet, und sich den Wünschen der unteren Beamten und Arbeiter entgegenkommender verhält.

An der weiteren Debatte, die keine wesentlichen neuen Momente bringt, beteiligen sich die Abg. Götthert (natl.), Koch (Forstsch. Volksp.), Heumann (konf.), Landesforstmeister Winter, die Abg. Wähig (Soz.), Dr. Böhm (konf.) und Götthert (Forstsch. Volksp.).

Finanzminister Dr. v. Hüger: Wir ist von höchsten preussischen Forstbeamten gesagt worden, daß die sächsische Forstverwaltung über aller Tadel erhaben sei. Es ist auch nicht richtig, daß die Gehälter der Forstförder zu hohe sind.

Der Deputationsantrag wird darauf zum Beschluß erhoben. Es folgt die allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Götthert und Genossen (Forstsch. Volksp.) betreffend die Einberufung des ordentlichen Landtags spätestens im Oktober eines jeden Jahres.

Abg. Schwager (Forstsch. Volksp.) begründet den Antrag. In Sachen wurde ursprünglich der Landtag aller drei Jahre einberufen, auch gab es dreijährige Finanzperioden. Erst von 1870 an wurden zweijährige Sitzungs- und Finanzperioden eingeführt. Jetzt, nach 40 Jahren, in denen die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes einen völligen Umschwung erfahren haben ist es unbedingt notwendig, daß der modernen Forderung auf alljährliche Einberufung des Landtags und Einführung einjähriger Finanzperioden endlich nachgegeben wird. Die Schwierigkeiten, die sich jetzt aus den zweijährigen Finanzperioden ergeben, werden mit der Zeit immer häufiger und größer werden. Auch das Interesse am parlamentarischen Leben wird sich bei alljährlicher Einberufung des Landtags sehr heben, aber auch in den Privatberufen des einzelnen Abgeordneten würde nicht so einschneidend eingegriffen wie jetzt. Da dann die Sitzungsperioden sich nicht so lange ausdehnen würden. Es wird eine bedeutsame Aufbesserung der Session erfolgen können, wenn sich die Arbeiten des Landtags nicht so anhäufen. Viele andere Bundesstaaten, auch kleinere wie Sachsen, haben alljährliche Landtage. Es kommt auch oft vor, daß Reichstagen von schwerwiegender Bedeutung das Volk bewegen, ohne daß die Landesvertreter Gelegenheit hätten, eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen, obgleich eine solche auch oft im Interesse der Staatsregierung liegt. Sobald der Landtag geschlossen ist, hört von wenigen Ausnahmen abgesehen, jede Verbindung der Abgeordneten mit der Regierung auf. Aus allen diesen Gründen bitte ich die Kammer, unserem Antrage zuzustimmen. (Bravo! links.)

Minister Graf Bülow: Die Frage hat schon wiederholt dieses Haus beschäftigt. Der damalige Minister des Innern hat aus diesem Anlaß schon früher auf die Bedenken hingewiesen, die dem Antrage in staatsrechtlicher Beziehung entgegenstehen. Wenn der Abg. Götthert jetzt wieder den Antrag einbringt, so ist die Staatsregierung nicht überrascht, letztere hat aber keine Veranlassung, von ihrem Standpunkte abzugeben, dies um so weniger, als der Abg. Schwager keine neuen Gründe vorgebracht hat. Die Antragsteller beschränken sich auf die Forderung alljährlicher Landtage. Was die raschere Anpassung an die Bedürfnisse der modernen Entwicklung anbelangt, so haben wir schon jetzt eine ziemlich rasche Anpassung aufzuweisen. (Lachen links.) Abg. Götthert: Nach rechts! Die Staatsregierung kann es auch nur begrüßen, wenn die Abgeordneten sich mehr in die Staatsgeschäfte vertiefen ich muß aber betonen, daß dem Lande nicht genug Gelegenheit gegeben ist, sich über die Arbeiten des Landtags und der Regierung zu orientieren. Das durchschlagendste Bedenken ist aber, daß die Abgeordneten dann jeden Winter ihrem Beruf entzogen werden und daß dann immer mehr die Volkvertretung gewissen Verparlamentarismen übertragen wird. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Ein solcher Zustand ist aber nicht wünschenswert. Man stelle sich nicht vor, was die Einberufung des Landtags der Regierung zu arbeiten macht. Andererseits strebt man aber eine Geschäftsvereinfachung an. Der alljährliche Landtag würde auch eine einjährige Sitzungsperiode zur Folge haben. Der Antrag Götthert würde auch eine Verfassungsänderung zur Folge haben, hierzu könnte die Regierung jedoch nicht mitwirken. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Abg. Dr. Riehammer (natl.): Der Antrag Götthert hat etwas Bedenkliches an sich, denn jetzt werden tatsächlich die Kräfte der Abgeordneten bis aufs Äußerste erschöpft. Indessen ist an der langen Ausdehnung der Sitzungsperioden nicht die große Anhäufung der

Schäfte schuld. Gerade die Partei, die den Antrag eingebracht habe müge die Redefreiheit in ergiebiger Weise aus. Die große Mehrheit meiner Freunde kann dem Antrage nicht zustimmen.

Abg. Dr. Wähig (konf.): Die konserverbale Fraktion sieht ein heftig und prinzipiell auf dem Standpunkte, daß hier keine Konzeptionen gemacht werden dürfen. Wohl bestehen in anderen Staaten einjährige Sitzungsperioden, aber was für irrtümliche Erfahrungen hat man damit gemacht. Bei alljährlichem Landtage würden wir uns von Petitionen nicht retten können, das Publikum käme aus der Beunruhigung nicht mehr heraus. Die Reden würden sich immer meh häufen, denn je öfter wir uns hier versammeln, desto besser können wir es. (Große Heiterkeit.) Auch der Kostenpunkt ist in Berücksichtigung zu ziehen. Der Antrag ist nicht zweckmäßig, ist zu kostspielig und deshalb kann er auf sich beruhen bleiben.

Abg. Fräßdorf (Soz.): Bei der Stellung der Regierung, der nationalliberalen und konserverbale Partei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Antrag abgelehnt wird, wir unterziehen ihn nicht desweiliger. Die Rede des Dr. Wähig hätte ebenso gut sein Fraktionskollege Dr. Böhm halten können. Die Ausführungen des konserverbale Redners sind bezeichnend für die Stellung dieser Partei zum Parlamentarismus selbst. Das Wenn und Aber ist kennzeichnend für die Haltung der Nationalliberalen. Vom parteipolitischen Standpunkte ist mir zu begrüßen, daß Sie Ihre dem Volke vor der Wahl gegebenen Versprechungen wieder nicht einlösen. Es ist bezeichnend für den geistigen Wert der bürgerlichen Gesellschaft, wenn eine Partei, die die Intelligenz vertreten will, erklärt, bei einjährigen Sitzungsperioden sieht sie nicht eine genügende Anzahl Kräfte zur Verfügung. Das ist Vankotterklärung! Wenn die Regierung sage, sie könne sich soviel wie schon nach den modernen Bedürfnissen an, und sich dabei auf die Gesetzgebung der letzten Jahre bezogen habe, so ist wohl zuzugeben, daß sie Gesetze geschaffen hat, die aber nicht der Mehrheit des Volkes gerecht werden. Daß man so große Gefahr in dem Verparlamentarismus sieht, ist nicht recht einzusehen, bei der Regierung ist es noch zu verstehen, aber gerade die Parteien müssen Wert darauf legen, daß sie eine Anzahl gesetzgebender und parlamentarisch erfahrener Männer in ihren Reihen haben. Ein Nachteil der jetzigen zweijährigen Sitzungsperiode ist, daß jetzt Initiativanträge nicht genügend behandelt werden können. Der Regierung und auch der jetzigen Kammer genügt es, wenn das letzte Etatskapitel genehmigt ist, an allen anderen haben sie kein Interesse. Wir werden also dem fernliegenden Antrage zustimmen, und wenn die Mehrheit der Kammer heute einem ablehnenden Standpunkte einnimmt, so werden wir dafür sorgen, daß das Volk bei den nächsten Wahlen Sie zur Einnahme einer anderen Haltung zwingt. Die jetzigen Zustände sind geradezu unzulässig! (Bravo! bei den Soz. und bei den Freis.)

Abg. Dettmer (natl.): Meine politischen Freunde werden alles dagegen tun, daß der Landtag nicht eher geschlossen wird, bevor alle wichtigen Arbeiten erledigt sind. Ich weiß, daß von anderer Seite gegenteilige Bestrebungen im Gange sind. (Hört, hört! links.) Wir werden aber darauf bestehen, daß vor allem noch die Beamtenpetitionen erledigt werden. (Abg. Fräßdorf: Auch die Arbeiterpetitionen!) Gewiß, auch die Arbeiterpetitionen. Wenn in letzter Zeit die Arbeit drängt, so trägt die Regierung einen großen Teil der Schuld selbst, ist sie doch in den letzten Wochen erst mit einer Anzahl Gelegenheitskräfte herausgekommen. Allerdings könnte auch der Landtag selbst manches zur Vereinfachung der Geschäfte tun. Der Antrag ist keine politische, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Zweckmäßigkeitsgründe überwiegen aber nicht.

Vizepräsident Opitz (konf.): Von einem Arbeitzeugnis der bürgerlichen Parteien kann keine Rede sein. Auch von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei in diesem Hause gehören die meisten oder meilen nicht dem Arbeiterstande an. Die konserverbale Partei ist von jeher eine echte Forstschrittpartei gewesen (Gelächter bei den Soz. und auf den Tribünen), aber wie sind nicht blind gegen die Auswüchse des Parlamentarismus. Die ewige Reklame zum Kritizieren weiterer Kreise muß aufhören, höchste verwundern, daß sich immer noch befähigte Leute finden, die die Leitung der Staatsgeschäfte übernehmen.

Abg. Endermann (Soz.): Die Tatsache, daß alle größeren Bundesstaaten alljährliche Landtage haben, spricht genügend für den Antrag Götthert. Die Haltung der Nationalliberalen hat mich geradezu stutzig gemacht. Der Abg. Riehammer hat für einen Teil seiner Freunde gesprochen, ich bin nun gespannt, was der andere Teil tun wird. Eine Verfassungsänderung ist nicht unbedingt notwendig. Aber man ist doch auch sonst nicht vor Verfassungsänderungen zurückgeschreckt, in den letzten Jahren hat man wiederholt solche mit Zustimmung der Konserverbale vorgenommen. Die Ueberlastung des Landtages ist von allen Seiten zugegeben worden, der jetzige Zustand ist auch wiederholt Gegenstand in den Deputationsverhandlungen gewesen, man erkannte allgemein an, daß hier Wandel geschaffen werden muß. Wir haben jetzt mit einer ganz anderen Auffassung der Bevölkerung zu rechnen, das Interesse am parlamentarischen Leben ist seit der veränderten Zusammensetzung des Landtages ein ganz anderes geworden. Man darf auch nicht vergessen, daß seit etwa 20 Jahren hier in diesem Hause eine kompakte Mehrheit bestand, daß viele Fragen, die jetzt im Plenum behandelt werden müssen, früher im Fraktionszimmer erledigt wurden. Die Verbilligung wird über die Haltung der Nationalliberalen sehr enttäuscht sein, weil jetzt nach wie vor dieselben Beschlüsse wie früher gefaßt werden, da die Nationalliberalen mit der Mehrheit in allen entscheidenden Fragen gehen. Früher sind wohl ebenfalls viele Gesetze geschaffen worden, es wäre allerdings besser gewesen, wenn manche Gesetze nicht zustande gekommen wären, von denen jetzt manche geändert werden müssen.

Ich erinnere nur an das Wahlgesetz, das Forst- und Feldstrafgesetz, das Berggesetz und nicht zuletzt an das Besoldungsgesetz. Letzteres hat man aber Ante gebrochen, es ist vollständig beseitigt, jetzt liegen wir denken und können uns vor Petitionen nicht retten. Wir werden jedenfalls darauf bestehen, daß vor allem die Petitionen der Arbeiter und derjenigen Beamten, die bei der letzten Besoldungsregelung zu kurz gekommen sind noch in eingehender Weise zur Erledigung kommen. Nehmen Sie den Antrag Götthert an und Sie werden dem Lande einen Dienst erweisen. (Bravo! links.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Götthert (Forstsch. Volksp.) und einem Schlusswort des Abg. Schwager soll zur Abstimmung geschritten werden, die aber wegen Beschlunsfähigkeit des Hauses (bei Anträgen auf Verfassungsänderung ist die Anwesenheit von 2/3 aller Mitglieder erforderlich) auf Freitag verschoben werden muß.

Darauf werden noch die Kap. 66 und 61 des Etats, Ober-Unterschiedskommission und Staatssekretariat sowie Landallamt zu Moritzburg, nach unentschiedenen Debatten genehmigt.

Abg. Endermann (Soz. [zur Geschäftsordnung]): Ich stelle die Anfrage, wann die Interpretation über die Bauarbeiterausperrung zur Verhandlung kommt.

Vizepräsident Dr. Vogel entgegnet, daß er die Interpretation an den Minister abgeben, aber noch keine Antwort erhalten habe. Ende 8 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag nachm. 2 Uhr. Tagesordnung: Staatskapitel; Antrag Schanz auf Bewilligung einer staatlichen Weidflasse von 20000 M. zur Errichtung einer Submissionszentrale; Eisenbahnangelegenheiten.

nicht
igen,
des
Kub-
ber-
steht
Kopf
Re-
am
aus-
Die
offen
gr-
Ent-
den-
den;
bein-
der
so g
aber
dem
Ge-
heit
De-
halts
re-
rteil
der
In
leder
reit-
st er
chob.
Kann
oten.
bleib
allität
offen
sigen
st in
sagen
und
der
Das
sollen
mugen
igte
mit
samen
ein-
des
wisch
nach
: der
i von
Ber-
eine
n, ist
das
: hat
don
und
) Be-
stift-
amm-
: r d e
amm-
stelle
unter
gen-
sollen
sagen
n die
stimmt
Der
bbile,
stättig
t Be-
Wert
a vor
h die
saupt-
n der
öliner
t auch
sollen
urteilt
den
bereit
regeln
erneut
taltung
n, daß
m ist
er ist
Kfford-
n ist
t der-
strum
trags-
erlegt
breiter
hweils,
r vor-
Ver-
sahren
Buntke
die die
ingen
diesem
stehen-
stimmung
a; bis
sangan
t Be-
klären,
g den
alle
st die
en.
Müller
haben,
t Be-

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung, Mittwoch, 4. Mai, 1 Uhr nachm.

Am Vorkonferenztag: Dr. 2130.

Die Genehmigung zur Straßverfolgung des Abg. Dr. David (Soz.) wegen Verletzung eines Gerichtsbeschlusses a. T. wird dem Antrag der Reichsjustizverwaltung gemäß verweigert.
Der Gesetzentwurf betreffend Wenderung des Postgesetzes (Empfangsscheine für Posten a. 10 Pf.) wird in dritter Beratung debattelos angenommen. — Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die

Zuständigkeit des Reichsgerichts

und Wenderung der Rechtsanwaltsordnung.
Abg. Heine (Soz.) wendet sich gegen die Bestimmung, daß die Revision gegen die Urteile, durch welche über die Anordnung und Aufhebung eines Arrestes oder einer einstweiligen Verfügung entschieden wird, nicht zulässig sein soll. Gerade in letzter Zeit ist von solchen einstweiligen Verfügungen zumgunsten der Arbeiterbewegung Gebrauch gemacht worden.
Der betreffende Artikel wird angenommen.

Abg. Reich (Z.) wendet sich gegen die Erhöhung der Revisionssumme auf 4000 M. Die kleinen Leute würden dadurch der Revisionssumme beraubt.

Abg. Heine (Soz.): Auch wie hier gegen die Erhöhung der Revisionssumme. Der Regierung muß ich immerhin meine Anerkennung aussprechen, daß sie es, wie der Staatssekretär gestern sagte, nicht gewagt hat, diese Erhöhung zu beantragen, sondern daß sie die Verantwortung dafür den Parteien des Hauses überlassen hat. Diese Verantwortung verbleibt den Parteien der Mehrheit. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Erhöhung der Revisionssumme wird mit den Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und eines Teiles des Zentrums angenommen.

Eine Reihe weiterer Bestimmungen wird nach den Kommissionsbeschlüssen debattelos angenommen.
Die Artikel 8 und 9 sehen eine Erhöhung der Gerichts- und Anwaltskosten bei Revisionen und Berufungsinstanzen vor.

Abg. Heine (Soz.): Ich bitte, von der Erhöhung Abstand zu nehmen. Ein solcher Versuch, das Reichsgericht zu entlasten, ist eine Verfälschung der Rechtsprechung, die man geradezu immorally nennen muß. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Gehelmatel Debrück: Die Erhöhung ist nur eine Weiterentwicklung des geltenden Rechts. Ubrigens sollten diejenigen, die jetzt sagen, daß das Reichsgericht nunmehr lediglich eine Instanz für die reichen Leute sein wird, auch zugeben, daß diese reichen Leute höhere Kosten bezahlen.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) wendet sich gegen die Erhöhung; die Gebühren seien schon sehr hoch.

Abg. Heine (Soz.): Sämtliche Anträge der Regierung laufen darauf hinaus, dem Publikum die Revision zu erschweren. Konsequenterweise könnte man ja die Revision überhaupt vollständig beseitigen. Das will man nicht, weil die Entscheidung prinzipieller Fragen im Staatsinteresse notwendig ist. Das sollte dann aber durch einen besonderen Staatsgerichtshof auf Staatskosten geschehen und nicht auf Kosten des rechtsuchenden Publikums, dem man doch nur den Schein eines Rechts wahr. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Reich (Z.) bekämpft gleichfalls die Kostenhöhung.

Bei der Abstimmung stimmen Zentrum und Sozialdemokraten gegen die Erhöhung. Da sie zweifelhaft erscheint, erfolgt Hammelmanns Antrag die Annahme der Erhöhung der Kosten und Gebühren mit 202 gegen 98 Stimmen ergibt.

Ein Antrag Junck (natl.), das Gesetz am 1. Juni 1910 in Kraft treten zu lassen, wird angenommen.

Artikel 12 gestattet die Justizverwaltung von Hilfsrichtern bis Ende 1913. In einer Resolution wünscht die Kommission, daß in den Etat Mittel für einen weiteren Senat eingestellt werden.

Staatssekretär Visco: Die verbündeten Regierungen erwarten, daß durch die angenommenen Maßregeln bereits der Ueberlastung des Reichsgerichts gesteuert wird. Sollte das nicht sein, so sind sie mit der Vermehrung des Richterpersonals einverstanden.

Abg. Heine (Soz.): Die Erklärung des Staatssekretärs, daß nun unwiderruflich zum letztenmal die Revisionssumme erhöht sein soll, nehmen wir entgegen und hoffen, daß diesem unwiderruflich letzten Mal nicht ein unwiderruflich überlegtes Mal folgen wird. (Heiterkeit.) Die Erklärung des Staatssekretärs soll offenbar zur Entlastung derjenigen dienen, welche durch die Erhöhung der Revisionssumme eine schwere Verantwortung auf sich geladen haben. Die Hilfsrichter sollen nur die Urteile beim Reichsgericht aufarbeiten. Aber darüber, daß die Hilfsrichter beim Reichsgericht prinzipiell keine dauernde Institution werden dürfen, war man sich in der Kommission einig. (Zustimmung bei den Soz.)

Die Resolution wird angenommen.

Der Entwurf, betreffend Wenderung der Rechtsanwaltsordnung wird angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines

Stellenvermittlungsgesetzes.

In der Generaldebatte wünscht
Abg. Dr. Pieper (Z.), daß die Regierung auf Vermehrung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit paritätischer Beteiligung hinwirke.

Staatssekretär Debrück sagt dies zu.
Bei § 2, der das Gewerbe konzeptionspflichtig macht, warnt
Abg. Raemy (fortsch. Volksp.) vor einer Monopolisierung.

Der in zweiter Lesung eingebrachte § 4 a, der einigen Bestimmungen rückwirkende Kraft gibt, wird auf Antrag Dr. Wagner (konf.) gestrichen.

Der von der Kommission eingelegte zweite Absatz des § 11 lautet: „Neben die Frau oder für eine Stellenvermittlung die §§ 1 bis 10 gelten, entscheidet im Zweifel die Bundeszentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Behörde endgültig. Die Entscheidung ist für alle Gerichte und Verwaltungsbehörden verbindlich.“

Abg. Dr. Wagner (konf.) beantragt die Worte: „oder die von ihr bezeichnete Behörde“ zu streichen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Ich beantrage, den ganzen Absatz 2 zu streichen. Bisher war das Verwaltungsgericht die entscheidende Instanz bei Verletzung einer Konzeption. Durch die hier vorgesehene Bestimmung würde die Tätigkeit des Gerichts sehr erschwert. Sie ist außerdem ein vollständiges Novum in unserer Gesetzgebung. In kleinen Orten entscheidet der Amtsbahnhof über die Frage der Gewerkschaften. Und diese Entscheidung wäre in Konsequenz der vorliegenden Bestimmung für die Gerichte dann verbindlich. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Heyberger (Z.): Ich muß mich diesen Bedenken anschließen und füge hinzu, daß nach dieser Bestimmung einem politisch mißliebigen Stellenvermittler von den unteren Behörden die ganze Existenz untergraben werden kann, ohne daß er dagegen irgend ein Rechtsmittel hat. (Sehr richtig! im Z. und bei den Soz.)

Der Antrag Wagner wird angenommen. Der Antrag Schmidt (Soz.), den ganzen Absatz zu streichen, wird alsdann ebenfalls angenommen.

Die übrigen Bestimmungen und darauf der ganze Entwurf werden mit großer Mehrheit angenommen.

Zubehörfache.

Es folgt die dritte Beratung der Vorlage über die Auslands-

kosten für Südwestafrrika.

Abg. Heyberger: Was zu einem gewissen Grade hat mich das Ergebnis der zweiten Beratung erheitert. Durch Annahme der Resolution Nichtshofen ist wenigstens im Prinzip anerkannt, daß die Gesellschaften zu den Kriegskosten zuzurechnen sind. Der Staatssekretär hat sich mit großer Eifer für die deutsche Kolonialgesellschaft ins Zeug gelegt. Dabei beruhen 8 v. H. der Kriegskosten dieser Gesellschaft auf dem Gebiet der „Neuen Nation“ auf Urkunden, mit

denen dergleichen die bekannte Verleihungsurkunde Mules Kapds an die Gebrüder Rannemann ein Muster von Unanschaulichkeit ist. Eine Urkunde ist von vier Schwarzen unterzeichnet, von denen jeder sich mit drei Kreuzen unterzeichnet hat. (Große Heiterkeit.) Der Staatssekretär hat nun mit Wendungen gearbeitet, wie: Man wolle Dokumente herbringen, die der alte Wilhelm und Fürst Bismarck unterzeichnet haben. Wobin wolle man kommen, wenn man alles unangefasst ließe, was diese beiden Unterschriften trägt. (Lust bei den Soz.: Sozialistengesetz!) Zwischenrat des Staatssekretärs Ternburg (Z.): Ach, Herr Staatssekretär, unterbrechen Sie mich doch nicht. Sie kommen ja nächster dran. (Heiterkeit.)

Ich halte den Vertrag mit der Kolonialgesellschaft für den schwersten Fehler der bisherigen deutschen Kolonialpolitik. Eine geordnete Entwicklung auf diesem Wege ist nicht möglich. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Ternburg: Das Herr Heyberger gesagt hat, ist weder neu noch richtig. (Sehr gut! v. d. Liberalen und der Reichsp.) Ten Vertrag mit der „Neuen Nation“ habe ich selbst nicht als rechtskräftig anerkannt. Aber es ist eben die Gewohnheit des Herrn Heyberger, alles halb zu sagen. (Lebhafte Heiterkeit im Zentrum, Zustimmung bei den Liberalen.) Neben der Rechtsfrage kommen noch andere Momente in Betracht, zum Beispiel die Abneigung, Gesellschaften, die sich Verdienste erworben haben, in einem seit Jahrzehnten unangefochtenen Besitz zu führen. Ich kann auch nicht die Hand dazu bieten, Rechtsmittel, die sich auf dem Rechtswege nicht anfechten lassen, durch Gesetzgebung zu beseitigen. Das Vergewaltigungsmittel der Kolonialgesellschaft ist auch keineswegs so ausschließlich, wie Herr Heyberger behauptet.

Herr Latmann hat die Parteipolitik in die Kolonialfrage gebracht. Ich habe ihn gebeten, die Einigkeit der nationalen Parteien in kolonialen Dingen nicht zu stören, es war aber vergebens. Auf den kolonialen Anreiz ist ein Reiz gefolgt. Dabei wird nicht herauskommen. Ich weiß, daß ich in Südwestafrrika nicht beliebt bin, glaube aber, die Zeit wird kommen, daß man dort bereit wird: Gott erhalt uns den Trümmern, den Trümmern Dionys. (Sturm. Heiterkeit im g. H.) Ich bin hier stets eingetreten für die Integrität der Verträge, für die Wahrung der Autorität des Reichs und der Behörden, für die Unverletzlichkeit des Eigentums, für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Kapitals. Dieses sind die Grundgeden, die ich stets vertreten habe und vertreten werde. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen, Lachen und Jubel bei den Antifemiten. Erneuter stürmischer Beifall bei den Liberalen, eifriges Schmeicheln rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Herr Heyberger hat uns neulich ein Recheneispiel vorgeführt, wonach der Besitz der Kolonialgesellschaft 800 Millionen wert ist. Heute hat er auch noch eine Verzinsung von 500 Proz. herausgerechnet. (Heiterkeit bei den Natl.) In Wirklichkeit kommen etwa 8 Proz. heraus.

Abg. Dr. Biemes (Volksp.): Der Reichstag hat weder formelle noch moralische Verantwortung für den Vertrag mit der Kolonialgesellschaft. Da er aber den von der Budgetkommission gewünschten Richtlinien Rechnung trägt, hat der Reichstag keine Verantwortung neue Schwierigkeiten zu erheben. (Lebh. Zust. bei den Natl. und der Volksp.)

Abg. Heyberger (Z.): Der Staatssekretär hat mir vorgeworfen, daß ich alles nur halb vorbringe. Ich spreche aber manchmal meiner Freunde schon zu lange. (Große Heiterkeit.) Gegen den Vorwurf, daß ich wichtige Punkte wesentlich nicht mitteile, verweise ich mich ganz entschieden. (Lebhafte Zustimmung im Z.) Der Staatssekretär hat zu diesem Vorwurfe am allerwenigsten Verantwortung, nachdem ich ihm in der Budgetkommission ein doppelmal Jrrtümer nachgewiesen habe. Der Staatssekretär stellt sich der Kolonialgesellschaft gegenüber auf den Gesichtspunkt. Diese Fragen sind aber nur vom Boden des Rechts aus zu entscheiden. (Lebhafte Zustimmung im Z.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich habe zunächst die Erklärung abzugeben, daß wir, nachdem unser Antrag, die Kriegskosten auf die Interessenten abzuwälzen, abgelehnt ist, selbstredend gegen die Vorlage stimmen.

Auf die Auseinandersetzung zwischen Herrn Heyberger und Herrn Ternburg gehe ich nicht ein. Ich berühre nur die Punkte, die ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Gegnerschaft zur Kolonialpolitik uns zu unbedingtem Geognern des Herrn Ternburg machen. Einmal ist das der Umstand, daß Herr Ternburg sich eifrig bemüht, möglichst

den Einfluß des Reichstags auf die Kolonialpolitik zu beschränken.

Der Konflikt, in den Herr Ternburg 1906 mit dem Zentrum geriet, hat seine zwei Seiten. Er und der Reichstagsrat haben damals das ganze Gewicht ihrer Stellung in die Waagschale geworfen gegen jene unglücklichen Subalternbeamten, die Mißstände zur Kenntnis von Abgeordneten brachten. Seit der drakonischen Maßregelung ist den Abgeordneten Information über die Kolonien sehr erschwert, denn die Beamten sind eingeschüchert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir sind aber stets für die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten eingetreten. Wir wollen nicht diese Transparenzungen und Disziplinierungen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Ein zweiter Punkt ist der: Der Staatssekretär hat in Südwestafrrika die Eingeboreneninteressen auf das schärfste vernachlässigt. Er hat die

Eingeborenen zu Ausbeutungsobjekten herabgedrückt.

hat sie zu Gejerten der Unternehmer gemacht und sucht sie in diesem

Zustande zu erhalten. Dagegen legen wir entschieden Protest ein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Angesichts dieser Tatsachen hat es mich geirrt, daß Herr Biemes diesem Mitglied der Firma Weichmann-Hollweg u. Co. ein Vertrauensvotum ausstellt. Mein freudlich und fortschrittlich gesinnter Mann wird sich mit Herrn v. Weichmann-Hollweg in eine Gemeinschaft begeben. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber Sie (zur Volksp.) haben eben Vertrauen zur kommerziellen Seite der Politik des Herrn Ternburg. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wollten Sie ihn nach idealen Grundsätzen beurteilen, so müßten Sie zu dem gleichen Resultate wie wir gelangen. Jemand, der so liberale Verwaltungsgrundsätze befolgt, der den Reichstag so liberal behandelt, der kann nur die Bewunderung der Konservativen erreichen. Ihnen aber steht nach der Blaggedanke in den Anoden. Und darüber verweisen Sie, wie schlecht Sie von der Regierung behandelt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Dr. Biemes (fortsch. Volksp.): Herr Ledebour erwidert, daß ich nicht finden kann, Herr Ternburg vertrete irgendwie antiparlamentarische Tendenzen. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß wir in der vorjährigen Debatte zusammen mit Sozialdemokraten und Zentrum die Maßregeln des Staatssekretärs zugunsten der Eingeborenen gebilligt haben. (Lust bei den Sozialdemokraten: In Ostafrika.) Wir übernehmen keineswegs die Verantwortung für alle seine Maßnahmen. Auch die Sozialdemokratie stimmt ja zuweilen den Regierungsvorlagen zu. Der Elongit haben wir und nicht zu schämen. (Bravo! bei den Liberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.): Bewußt haben auch wir bisweilen für Regierungsvorlagen gestimmt, die uns unannehmbar waren, trotz unserer schärfsten Opposition. Hier aber handelt es sich um ein ganz allgemeines Vertrauensvotum für Herrn Ternburg. (Widerspruch des Abg. Biemes.) Sie bestreiten das. Eines glaube ich natürlich selbst, daß Sie nämlich Herrn Ternburg nicht untertänigen würden, wenn er etwa sozialdemokratische Politik treiben würde. (Stürmische Heiterkeit.) Wir machen es

dem Jersikun zum Vorwurf.

daß Herr Ternburg unterstützt, obwohl dieser die parlamentarische Rechtsphäre einzuschränken sucht, obwohl er mit der ganzen Macht seiner Autorität machtlose Subalternbeamte zu germalnen sucht und die Eingeborenen proletarisiert. Ich erinnere an die Resolution des Reichstags auf Ausheilung der Eingeborenen in Südwestafrrika mit Land und Vieh, die durch den Einfluß des Herrn Ternburg in den Papierkorb des Vorkonferenzgewandert ist. (Lachen und Jubel bei der Volksp.) Es ist traurig, daß man auf liberaler Seite laßt, wenn es sich um die zerrütten Eingeborenen handelt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir aber

werden eine solche Kolonialpolitik stets entschieden bekämpfen. (Natl.)

Die Diskussion schließt. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Präsident Graf Schwerin schlägt als nächste Tagesordnung die dritte Lesung der Reichsgerichtsentlastung, keine Sitzung.
Abg. Schöpflin (Soz.) bittet, von den Parteien vernünftige Tagesordnung zu legen.

Präsident Graf Schwerin: Vorkünftig liegt noch kein Antrag vor. (Widerspruch bei den Soz.) Ich werde aber die Parteien auf eine der nächsten Tagesordnungen legen.

Es bleibt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Sitzung Freitag 2 Uhr.

Schluss 6 Uhr.

Veriamlungen.

Schuhmacher. Am 24. April fand im Volkshaus eine öffentliche öffentliche Schuhmacher-Versammlung statt. In der Generalversammlung wurde ein Bericht über die Verhältnisse der Schuhmacher in der Provinz vorgelesen. Die Versammlung wurde durch die Botschaften der Reichsregierung und der Reichsregierung eröffnet. Die Versammlung wurde durch die Botschaften der Reichsregierung und der Reichsregierung eröffnet.

Heisler. Am 26. April fand in den Reichshallen eine öffentliche Heisler-Versammlung statt. Die Versammlung wurde durch die Botschaften der Reichsregierung und der Reichsregierung eröffnet. Die Versammlung wurde durch die Botschaften der Reichsregierung und der Reichsregierung eröffnet.

Ballbesuch. Am 28. April fand in der Volkshaus eine öffentliche Ballbesuch-Versammlung statt. Die Versammlung wurde durch die Botschaften der Reichsregierung und der Reichsregierung eröffnet. Die Versammlung wurde durch die Botschaften der Reichsregierung und der Reichsregierung eröffnet.

2. Laithung. Für die Barmstube gingen beim Reichsball farsitt bis 30. April ein: Arbeiter-Bahnhofverein Frick auf Teich 15.—, Frau B. —, 50. Für gesundes Werkzeug — 45. Kugel — 45. Conrad Franz, Marckenprotekte 2,00. Einleitungs-Jahre 8.—, Frau Koblstrum — 30. Ueberstufung einer Anzeigebene von Gebr. Döhmer 1,50. Gefelleneinstand der Treppeneinstellung von Hof u. Co. 1,50. Gefundene Kernversteife Felsmann — 50. Besondere der Bureauangehörigen. Lanstour 7,00. Von Lanstour bis Jubiläumsvier 10.—, Arbeiter-Bahnhofverein Gruppe Reichs Lanstour 11.—, Insgesamt 57,10 M. Ernst Lietzke.

Victoria-Salon.
Komiker Harstein mit seiner „Brave Ehemänner“
und gänzlich neues Programm.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf im Vestibül.

Neustadt
Dresden's
größtes Schuhlager

Ein Buch, das viele Wünsche erfüllt
Im Verlage Rade & Komp., Dresden erschienen:
Rometen
Wissenschaft u. Uberglauben
Altronomisches und Kulturgeschichtliches
von
Fritz Hävel und Franz Dieberich.
Mit Bildnissen Halleys und des sächsischen Bauernastro-nomen Valtych in Kunstdruck und 28 Abbildungen im Text.
Diese Schrift, 120 Seiten großen Formats umfasst, unterrichtet anschaulich in gemeinverständlich Darstellung über alles, was wir von den Rometen wissen, geht besonders auf den sächsischen Rometen ein und betrachtet eingehend die Rolle, welche die Rometen durch Jahrhunderte hin und vor allem in den letzten Jahrzehnten im Uberglauben gespielt haben.
Preis 1 Mark.

Land der freien Gast- und Bankwirte Deutschlands Stelle Dresden u. Umgegend.

und Gewerkschaftsmitgliedern! Die Unterzeichneten sind mit der Bitte an Sie heranzutreten, bei Ihrem Besuch bei der Vergabe von Zahlstellen, Sitzungen, kleineren Vereinen, Adressbesprechungen usw. die Mitglieder unseres Vereins vorzuziehen. Wir werden stets bestrebt sein, unseren Gästen guten Speisen und Getränken aufzuwarten.

Stamm	Adressen	Telefon
Dresden-Altstadt:	Adam, Kaufhofstraße 16	2700
	Reichelder, Dreßgasse 8	8892
	Starke, Böllnerstraße 85	11189
	Wierich, Strieflener Straße 81	
	Stuhr, Wettinerstraße 23	
	Scholz, Palmstraße 30	
	Schurig, Stifftsstraße 14	
	Müller, Eilenstraße 57	
	Mitsche, Kallenstraße 2	7887
	Gärtner, Rosenstraße 83	
	Schulze, Rosenstraße 106	502
	Schlömer, Zwidauer Straße 24	
	Weide, Altonaer Straße 8	
	Rehmann, Camellenstraße 8	
	Umlauf, Stifftsstraße 7	
	Schubert, Rönnerstraße 17	
	Röhler, Güterbahnhofstraße 8	
	Hübner, Zwidauer Str. 81	2006
	Emmer, Bürgerwiese 12	
	Hoffmann, Zwidauer Straße 29	
	Peter, Feldschlösschenstraße 18	
	Richard Wirtgen, Jagdweg 1	
	Edert, Holbeinstr. Ede Böllnerstr., Tel. 627	
	Höfener, Altonaer Straße	
	Hindrich, Werbergstraße 24	
	Woh, Wärtmergasse 5	
	Ciremba, Wotenhauerstr. 45	19381
	Ganisch, Nordpol, Kampffstraße 25	
	Pietrich, Korymbstraße 9	
	Hoffmann, Stephanienstraße 60	
	Jerche, Böhmischplatz 19	
	Selbs, Waffhaus, Ingh. Martin	
	Wolk, Wärtmerstraße 34	
	Tschakale, Postgartenstraße	
	Nisch, Pestalozzistraße, Ede Dürerstraße	
Dresden-Neustadt:	Zimmermann, Radebeuler Str. 10	9059
	Nisch, Schönbrunnstraße 1	9400
	Engel, Böhmische Straße 41	
	Schulze, Wälschenstraße 14	
	Hilde, Hechtstraße 32	
	Michaelis, Hechtstraße 21	
	Tiedner, Schiffers Ruhe, Radwegstraße 1	
	Nänsch, Marktgrabenstraße 33	
	Kreyer, Oppestraße 9	
	Schröder, Weinstraße 15	10856
Dresden-Pieschen:	Nothe, Großenhainer Str. 128	8246
	Fahnd, Lehniger Straße 12	
Dresden-Trachau:	Düffel, Ratskeller, Alt-Trachau Nr. 14	
	Wöblich, Riechstraße 34	
Dresden-Mickten:	Roth, Winterstraße 12	
Dresden-Uebigau:	Seifert, Zur Reite	
Dresden-Kaditz:	Vör, Fiednerstraße 2a	2391
	Wohle, Pechelstraße 26	
Dresden-Striesen:	Dierstengel, Schandauer Str. 45	7128
	Deutsche Erde, Huttenstraße 1	
	Barthel, Schandauer Straße 86	
	Schäfer, Wehrstraße 42	2488
	Anders, „Deutscher Frieden“, Marktgraben	
	Heinrich-Platz 21	18826
	Vogel, Bärensteiner Straße 18	
	Ritzgeora, Schandauer Str. 42	7748
	Lindner, Glasbütten Hof, Glasbütten Str. 97	
		2943
Dresden-Gruna:	Jidler, Wehlstraße 30	7631
	Daubold, Gruna-Seidnitz, Bodenbacher Straße 60	
Dresden-Seidnitz:	Roth, Gadowstraße 7	19227
Dresden-Cotta:	Runkel, Klopffeldstraße 40	7475
	Lomatsch, Turnerheim, Oderwitzer Str. 7	
Dresden-Löbtau:	Schillingshof, Joh. John, Reichenwitzer Str.	
	Kampfe, Bernerstraße	
	Duffsch, Bünaufstraße 28	888
	Schlegel, Deubener Straße 5	
Dresden-Plauen:	Gohlau, Kleines Holzhaus, Hofmühlenstraße 51	4536
Groß-Zschachwitz:	Rehmann, Simonstraße 10	
		2930
Niedersedlitz:	Daußvogel, Rorbstr. 50	
		2815
	Rahl, Telefon: Amt Niederiedlitz 2800	
Leuben:	Goldner Stern, Bahnhofstr. 15	
		2862
Lockwitz:	Wilhelm	
Coschütz:	Bertram, Dresdenstraße 2	
		80-80
Radeberg:	Ralber, Oberstraße 16	
		20-100
Deuben:	Nährig, August-Gab	
		30-200

Bitte ausschneiden!

Blumenfäule! Riesen-Rino!

Diens- tag bis Sonnabend von 5 bis 11 Uhr: Grossart. Vorführungen.

Restaurant Weisser Adler

Dresden-N., Friedensstraße 23
hält keine Lokalitäten bei uns empfohlen. A. Stranz u. Frau.

Achtung! Statpieler!

Sonntag den 8. Mai findet in dem herrlich gelegenen
Schützenhaus zu Schandau
Grosses Skat-Turnier
statt. Es laden ergebenst ein
Das Komitee. Joh. Mlethe.

Carolagarten

In den einzig schönen
Spiegelfälen
Sonntags und Montags
Exquisite Hallmusik.

Reichshallen

Im Kabarett
Alerinda-Ensemble
Leitung: v. Bredow.

Restaurant Teutonia

Dürerstraße 13, Ede Pestalozzi-Str.
Morgen: Schlachtfest
Sonnabend: Gustav Risch u. Frau.
Restaurant

Saxonia

4 Rähnitzgasse 4
empfiehlt keine freundl. Lokalitäten
Täglich Konzert.
Vorzügl. Spiel an und Getränke.
Edmund Richter u. Frau.
Franz Mützes

Relf. zur Schmiedeherberge

Jakobs, Ede Röhrlstraße.

A. Kinners Restaur.

Nieder-Gittersee
empfiehlt keine freundl. Lokalitäten
einer geeigneten Verwendung.

Guts-Muths-Schenke

Rönnerstraße 17
hält sich der geehrten Arbeiterschaft
empfohlen. — Sr. Vereinsmitglied.
Hermann Schubert.

Radeberg!!

Wo gehen wir hin? Aus
Kino Fata Morgana
Café Palmengain.

Jeden Freitag: Programmwechsel.
Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinbringen? Zu
H. Lorenz
nur Schöffersgasse Nr. 4
neben Herzfeld
vom Altmarkt aus rechte Seite
wo man alle Uhren gut und billig
repariert. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Traurige in grosser Auswahl
und in allen Preislagen.

Wir empfehlen:

Sammlung

von Gesellschaftsspielen
im Zimmer und im Freien
für Jugendvereine.
Herausgegeben im Auf-
trage der Leipziger Jugend-
organisationen unter Mit-
hilfe einer Kommission
von Paul Dücker.

Preis 30 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung Dresden
Zwingerstrasse

4 bessere Herren-Anzüge

(Beliebig) billig u. vert. Tschlager
Steinstraße 1. 1. Eck-Marschallstr.

Schwarze Auszüge und Zylinder

verleiht billigst
Schubert, Rianstraße 21.

Sonntag den 8. Mai, nachn. 4 Uhr, im Vereinshaus
Kinematographische Volksvorstellung
mit Musik, Lichtbildern und Vortrag
Schauspiele der Erde
Hochgebirge · Wüste · Ein jungfräuliches Land · Volksszenen aus Amerika
Lapland · Indien · Aegypten · China · Japan · Fidschi-Inseln · Tirol
Die Spiele des Wassers · Geiser · Die grössten Wasserfälle der Welt · Das Meer
Veranstaltet vom Verein Bild und Wort. — Vortrag: Schriftsteller Herm. Häfker.
Preise der Plätze: 30 Pf. Vorverkauf: Invalidendank, Seestrass 5.

38 Eckladen mit 4 Schaufenstern. 38

Gerichtlich festgestellt

wurde am 29. März d. J., daß unterzeichnete Firma an sämtlichen fertigen Waren
nur 15 Pf. pro Mark verdient.
Es ist also feststehende Tatsache
daß das „Deutsche Kaufhaus“ wegen dieses außergewöhnlich billigen,
auf Massen-Umsatz berechneten Verkaufssystems
nachweislich das billigste Spezialgeschäft
für moderne Herren- u. Knabengarderobe am Plage ist.

Verkaufs-System | nur 15 Pf. Nutzen.

und zwar
Anzüge, Gummimäntel, Paletots und Ulster
Selbstkostenpreis M. 10.00, 15.00, 20.00, 30.00, 40.00, 50.00
Verkaufspreis M. 11.50, 17.25, 23.00, 34.50, 46.25, 58.00

Gehrock-, Frack- und Smoking-Anzüge
Selbstkostenpreis M. 20.00, 25.00, 30.00, 40.00, 45.00
Verkaufspreis M. 23.00, 28.75, 37.95, 48.00, 51.75

Stoffhosen, Frühjahrs-Joppen, Phantasie-Westen
Selbstkostenpreis M. 1.75, 2.50, 3.50, 4.50, 5.50, 6.50, 10.00
Verkaufspreis M. 2.02, 2.88, 4.03, 5.18, 7.48, 9.78, 11.50

Jünglings-Anzüge, Paletots und Ulster
Selbstkostenpreis M. 9.00, 12.00, 18.00, 25.00, 30.00
Verkaufspreis M. 10.35, 13.80, 20.70, 28.75, 34.50

Knaben-Anzüge, Pelierinen, Pyjacks
Selbstkostenpreis M. 3.25, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00, 12.00
Verkaufspreis M. 3.75, 4.60, 5.75, 6.90, 8.15, 9.20, 10.35, 11.50, 13.80

Knie-, Leibchenhosen, Berufskleider
Selbstkostenpreis M. 1.00, 1.50, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50
Verkaufspreis M. 1.15, 1.78, 2.30, 2.88, 3.45, 4.03

Sakko- u. Sport-Anzüge für das Alter von 8-15 Jahren
Selbstkostenpreis M. 6.00, 9.00, 12.00, 15.00, 20.00
Verkaufspreis M. 6.90, 10.35, 13.80, 17.25, 23.00

Auf sämtlichen fertigen Waren sowohl in den Schaufenstern als auch im Lager sind die
Ein- und Verkaufspreise in deutlichen Zahlen zu lesen und werden auf Wunsch
jedem Käufer die Original-Rechnungen vorgelegt, um die Preise vergleichen zu können.
Kein Kaufzwang! Kulanteste Bedienung!

„Deutsches Kaufhaus“

Michael Sternsohn
38 Marschallstrasse 38 DRESDEN-A. Ecke Gerichtsstrasse. 38
Eckladen mit 4 Schaufenstern.

Bergkeller Niederpesterwitz.
Sonntag den 8. Mai
Großes Schweins-Prämien-Vogelschießen.
Hierzu ladet ergebenst ein E. Mehnert.

Mod. Kinderwagen billig zu verkaufen.
Lillengasse 5, part.
Kurebuch für Zäpfen. Der Stern soeb erdienenen. Fr. 10 Pf.
Kobay: Judenkasse, Schellstraße 24
Kob: Judenkasse, Schellstraße 24

Gewissen-haft Uhren
Feder 75 Pf., Reingen 1 M. nur
Dreßgasse 1a, 1. Etage.

Extra tiefe Schränke, mit
Stange, groß, hart im Holz,
empfiehlt Möbel-Liebig, jetzt
Wenricher Straße 32.

Bildereinstellungen
sind billiger wie im Laden
O. Erfurth, Josephinenstraße 13.

Fahrrad m. Torp. v. bill. Gotta,
Oderwitzer Str. 23, I.
Sonntag oder Woche abends.

Achtung! Ausschneiden!
Sinnprüche für Arb.-Vereine
fert. in geistiger Form, bef. für Ar-
beiterräte, u. u. an Verlos.
bill. an Genosse Max Schmiedgen,
Rähnitz 53. Einrahm. billigst.

Bettmatten
befeuchtet sofort unter Garantie.
Kunststoff umhüllt. Alter und Ge-
schlecht angeben. Schoene &
Co., Frankfurt a. M., Nr. 237.

Milchhandel zu verkaufen!
Erfahren unter Milchhandel an
die Expedition dieses Blattes erb.
Sie kaufen am besten gute
Kleider m. Torp. v. bill. Gotta,
Oderwitzer Str. 23, I.
Kreuzstraße 9.

S. Zeimann Gardinen

Webergasse 1
1. Stage
Ecke Altmarkt.

zu staunend billigen Preisen!

Fenster (2 Schals) von **1⁷⁵** an vom Stück Meter von **28** Pf. an.

Fertige Damenwäsche — Normalwäsche — Tischdecken — Steppdecken — Bettdecken.

Naturheilverein im Plauensch. Grunde!

Sonntag den 8. Mai 1910
Eröffnung d. Luft-Lichtbades

Es ist weiter ausgebaut und behaglicher gestaltet worden.
Welchen Zweck hat das Baden in Luft und Licht?

- Das Luft-Lichtbad regt den Stoffwechsel an.
- Das Luft-Lichtbad hebt die Körperwärme.
- Das Luft-Lichtbad reinigt das Blut.
- Das Luft-Lichtbad stärkt die Nerven.
- Das Luft-Lichtbad macht heiter und frohlich.
- Das Luft-Lichtbad ist das beste Mittel

Krankheiten zu verhüten.
Das Luft-Lichtbad ist das beste Mittel
Krankheiten zu heilen.

Wer darum seine Gesundheit lieb hat und sich vor Krankheit schützen will, nehme Luft-Lichtbäder, oder wer die gekörperte Gesundheit schnellstens wieder herstellen will, nehme Luft-Lichtbäder. Wer gesunde, kräftige, lebensfrohe Kinder haben will, lasse sie ins Luft-Lichtbad.

Preise der Bäder:

- | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|---|---|
| für Mitglieder: | | für Nichtmitglieder: | |
| Saisonkarte für Familie 3.50 M. | Saisonkarte für Familie 6.00 M. | Einzelkarte f. Erwachsene 0.10 | Einzelkarte f. Erwachsene 0.20 |
| Einzelkarte für Kinder . . . 0.05 | Einzelkarte für Kinder . . . 0.10 | Sonntags-Saisonkarte für eine Person . . . 1.00 | Sonntags-Saisonkarte für eine Person . . . 2.00 |

Der Mitglied des Vereins werden will, zahlt 25 Pf. Eintrittsgeld und vierteljährlich 50 Pf. Steuern. Dafür erhält er die monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Volksgesundheit“ mit dem Beiblatt „Mutter und Kind“, sowie freien Eintritt in die Vorträge des Vereins.

Der Vorstand.

Für unsere geehrten Abonnenten des unteren Plauensch. Grunde liegt der heutigen Nummer ein Prospekt des Spezialgeschäfts für Herren- und Knaben-Garderobe **Franz Hnauk, Potschappel, Dresden** Straße 3. bei, auf den wir hiermit hinweisen.

Herren

welche sich modern und elegant kleiden wollen,

ohne dafür viel Geld auszugeben, haben nicht nötig, neue billige Garderobe zu kaufen, mit der sie sich bei Regenwetter nicht auf die Straße getrauen können, sondern kaufen, wie nachweislich, zu staunend billigen Preisen gute, wenig getragene herrschaftliche Garderobe, zum Teil auf Seide und zum Teil von deutsch-englischen Stoffen, sowie von erstklassigen Schneidern gearbeitet, nur in der

I. Dresdner

Zentral-Bekleidungshalle

13 Neue Gasse 13

Bitte genau auf Nr. 13 zu achten!

Frühjahrs- und Sommer-Paletots von 5 M. an
Komplette Herren-Sakko-Anzüge von 9 M. an
Komplette Frack- u. Gehrock-Anzüge von 15 M. an

Auch für korpulente Figuren.

Grosses Lager in Burschen- und Jünglings-Anzügen sowie enorme Auswahl in Stoff- und Arbeiterhosen zu sehr herabgesetzten Preisen.

**Verkaufe nur mit kleinstem Nutzen!
Ueberzeugung macht wahr!**

Enorme Posten in Schuhwaren
für Herren, Damen und Kinder
en gros und en detail.

Meine Kundenschaft von außerhalb erhält bis 1 M. Fahrgehalt vergütet.

Gebr. gut erhalt. **Kindewagen** (Summit) zu verkaufen. **Golding, Körnerstr. 1, J. Ellenberger.**

Eleg. Plüschsofa in solidem Ausf. billigt zu verk. **Sternplatz 1, I. r.**

Sofas, Schränke, Bettstellen mit Matrizen usw. auf Teilaahlung an solche Leute empfiehlt **Möbel-Liebig, jetzt Kreuzstr. 32.** Keine Lagerpreise.

Der kleine **COCO**

So heisst das interessante Unterhaltungsblatt für die Jugend, welches beim Einkauf von 1 Pfund der feinsten **Pflanzenbutter-Margarine, Marke Cocosa**

Cocosa

In allen Läden gratis verabfolgt wird. Alle 14 Tage erscheint eine neue Nummer. Cocosa ist ein idealer Butter-Ersatz, der feinsten Naturbutter in allen Verwendungsarten gleichkommt. Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Jürgens & Prinzen, G. m. b. H. Goch (Rhd.)

Brot billiger!

Garantiert reines **Roggenbrot**

aus meiner eigenen Bäckerei

I. Sorte: 4 Pfund 46 Pf.

II. „ 4 „ 44 „

Sehr delikates **Weizenbrot**
1 Stück 20 Pf.

Hochfeines **Weizenschrotbrot**
1 Stück 20 Pf.

F. E. Krüger
Dresden, Webergasse 18.
Filiale: **Schäferstrasse 15.**
Telephon 1912. Telephon 1912.
Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Ganz besonderes Pfingst-Angebot für Herren-Garderoben

Ein Posten Herren-Arbeits-Anzüge . . .	M. 4 ⁰⁰	6 ⁰⁰	9 ⁰⁰	12 ⁰⁰
Ein Posten Herren-Arbeits-Hosen . . .	2 ¹⁰	2 ⁵⁰	3 ⁵⁰	4 ⁵⁰
Ein Posten Herren-Straßen-Anzüge . . .	14 ⁰⁰	19 ⁰⁰	25 ⁰⁰	29 ⁰⁰
Ein Posten Herren-Frühjahrs-Paletots . . .	12 ⁰⁰	15 ⁰⁰	19 ⁰⁰	25 ⁰⁰
Ein Posten Herren-Frühjahrs-Hosen . . .	5 ²⁵	6 ²⁵	8 ⁵⁰	10 ⁵⁰
Ein Posten Sommer-Loden-Joppen . . .	2 ¹⁰	2 ⁷⁵	3 ⁰⁰	5 ⁵⁰
Ein Posten Englisch-Leder-Hosen . . .	3 ⁵⁰	3 ⁰⁰	4 ⁰⁰	5 ⁵⁰

Grosse Auswahl aller Arten Berufskleidung zu billigen Preisen.

Heinrich Esders
Prager Straße Dresden Ecke Waisenhausstr.

Potschappel.

Vestitionen auf die Dresdner Volkszeitung sowie hässl. Partil-Literatur, Inserate, Druckaufträge nimmt entgegen

Frauenlobs Buch- u. Papier Handlung
Ferdner Straße 44.

Kinder- u. Sportw.
geb. i. Bade- u. Wä-
Alle Rep. wird hier u. bei
Lische-mer, Zingener Str.

Schönes einl. möbl.
Zimmer an 2 Herrn u.
Schülerstraße 62, I. E. Eder

Heubte Spinnstoppeln
in Gold und Silber wert
Hab. Folgenden Dresden

Verwandten und Aelter-
die traurige Nachricht
meine liebe Frau, unsere
geliebte Mutter, Tochter
Schwester und Schwägerin
Frau Olga Tager-
geb. Lampel, am 8. Mai
den 4. Mai stieg und
erwartet verstorben in
Verbindung mit
den 8. Mai, nach 70
von der Halle des
Friedhofes Pöhlchen
im Namen der
Biedersteiner. Am
Wartenheimstraße 14

Jura-Gelehrter vom Ober-
lieben Mann, unter
Lante, Schmeier, Schmeier
Lichter, Frau Anna
geb. Wehner, wurde
dem Pastor Wille in
reichen Worte am 8. Mai
bestimmen und Schmeier
freundliche Unterstützung
der Arbeit, für die
reichen Plümerfahndung
Teilnahme an der
Verwarden und
umglichen Dank
im Namen der
bliebenden Friedr. Br
Pittau, Colloredo, Lichte
Bergig, Walden, P.
Wilsdruff, den 8. Mai

